



## Zwischenbericht 2010

Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen

## **Zwischenbericht 2010**

Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf Oktober 2010

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Entwicklungen im Extremismus .....</b>	<b>5</b>
1.1	Inlandsextremismus.....	5
1.2	Auslandsextremismus .....	7
1.3	Politisch motivierte Kriminalität.....	8
1.3.1	Gesamtentwicklung: weniger Straftaten als im 1. Halbjahr 2009 .....	8
1.3.2	Politisch motivierte Kriminalität – Links .....	13
1.3.3	Politisch motivierte Kriminalität – Rechts .....	14
1.3.4	Politisch motivierte Ausländerkriminalität .....	16
1.3.5	Weiterhin hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus .....	16
<b>2</b>	<b>Parteien bei der Landtagswahl 2010 .....</b>	<b>18</b>
2.1	Desaster für die NPD bei der Landtagswahl – beide Wahlziele klar verfehlt .....	18
2.2	pro NRW*.....	20
2.3	DIE LINKE.NRW*.....	21
<b>3</b>	<b>Gewaltbereitschaft bei „antifaschistischen“ und „antirepressiven“ Gruppierungen .....</b>	<b>22</b>
<b>4</b>	<b>„WIR oder Scharia!“ – Islamfeindschaft als Leitmotiv eines Briefes der NPD an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen!“ .....</b>	<b>26</b>
4.1	Jugendorientierung der NPD und Erfolge bei jungen Wählern.....	26
4.2	Jugendaffine Werbung im NRW-Wahlkampf.....	27
4.3	Der Brief an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen.....	27
4.3.1	Chronologie.....	27
4.3.2	Aufbau und Optik des Briefes.....	28
4.3.3	Diskursstrategien.....	29
4.3.4	Wahrheitsgehalt der Aussagen.....	30
4.4	Fazit.....	31
<b>5</b>	<b>Soziale Netzwerke als Medium extremistischer Propaganda.....</b>	<b>33</b>

<b>6</b>	<b>Salafismus – von einer religiösen Strömung zur politischen Ideologie.....</b>	<b>37</b>
6.1	Was ist Salafismus?.....	37
6.2	Salafismus im Alltag.....	38
6.3	Salafismus und das Verhältnis zur Gewalt.....	40
6.4	Salafismus als verfassungsschutzrelevantes Phänomen.....	42
6.5	Die Ursprünge des Salafismus .....	42
6.6	Das Verhältnis des Salafismus zum Wahhabismus.....	44
<b>7</b>	<b>Die Rolle von Frauen in der jihadistischen Szene .....</b>	<b>46</b>
<b>8</b>	<b>Oppositionellenausspähung – ein Agitationsfeld fremder Nachrichtendienste .....</b>	<b>51</b>
<b>9</b>	<b>Beratungsangebote zum Thema Rechtsextremismus auf einen Blick .....</b>	<b>56</b>
<b>10</b>	<b>Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes.....</b>	<b>58</b>

# 1 Entwicklungen im Extremismus<sup>1</sup>

## 1.1 Inlandsextremismus

### Konfrontationen von Links- und Rechtsextremisten

Bundesweit – so auch in NRW – ist eine zunehmende Links-Rechts-Konfrontation zu beobachten. Ziel des links- und des rechtsextremistischen Spektrums ist es dabei, geplante Aktivitäten des politischen Gegners zu verhindern oder zu stören und den Gegner zu diskreditieren. Dort, wo die etablierten links- und rechtsextremistischen Szenen den jeweiligen politischen Gegner wahrnehmen, wird dieser mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Mitteln (Gegendemonstrationen, Infoveranstaltungen, Anschläge, Outings etc.) bekämpft. Diesen wechselseitigen „Schlagabtausch“ kennzeichnet auch eine verstärkte Gewaltbereitschaft, die zunehmend die Entwicklung in der politisch motivierten Kriminalität prägt.

Ein Schwerpunkt der derzeit vermehrt festzustellenden Auseinandersetzungen liegt im Aachener Raum und strahlt in die Umgebung aus. Auch hier ergibt sich das Bild eines Schlagabtausches zwischen rechter und linker Szene. Drei Beispiele:

- : Zentrale Anlaufstelle der dortigen linksautonomen Szene ist das Autonome Zentrum. Mitte Juli wurde vor dessen Haupteingang eine Sprengstoffatrappe gefunden. Diese war in einem Pappkarton gelagert, der an die „Antifa“ adressiert war. Flankiert wurde diese Aktion durch diverse Farbschmierereien, unter anderem vor der Wohnung eines linken Aktivisten.
- : Mitte Juni wurde eine Internetseite mit ca. 40 Fotos von Personen der rechtsextremistischen Szene und ihres Umfelds veröffentlicht, die zum Teil auch Namen und Angaben zu den abgebildeten Personen enthielten. Die Internetseite mit dem Namen „Recherche Aachen - Infoportal zur Aachener Nazi-Szene“ rief zur Mithilfe bei der Benennung der weiteren dort abgebildeten, jedoch noch nicht namentlich bekannten Personen auf. Die Seite wurde bereits nach zwei Tagen wieder vom Netz genommen. Kurz darauf wurde der Schriftzug „Nazis raus!“ an die Fassade eines Firmengebäudes in Jülich und auf die davor liegende Straße gesprüht. In der Firma ist eine der von der Veröffentlichung betroffenen Personen beschäftigt. Diese Form des „Nazi-Outings“ stellt auch in anderen Landesteilen eine Praxis autonomer ‚Antifa‘-Gruppierungen im propagandistischen Schlagabtausch mit der neonazistischen Szene dar. Sie dient dazu, die „geouteten“ Personen in ihrem privaten und beruflichen Umfeld zu diskreditieren.
- : Ein weiterer Auslöser für einen solchen Schlagabtausch waren ein Fackelmarsch am 2. April 2010 und ein sog. Trauermarsch am 3. April 2010 mit insgesamt ca. 740 Teilnehmern des rechtsextremen Spektrums. Wie bereits im Jahr 2009 war Bezugspunkt der Demonstrationen ein Tötungsdelikt, das im April 2008 in Stolberg an einem 19-Jährigen durch einen Staatenlosen libanesischer Abstammung begangen wurde. Obwohl kein politischer Hintergrund vorlag, wurde das Opfer durch die rechtsextremistische Szene als Märtyrer instrumentalisiert. Anmelder der Demonstrationen war der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Düren. Während der

---

<sup>1</sup> Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (\*) ausdrücklich hervorgehoben.

Fackelmarsch ohne besondere Vorkommnisse verlief, kam es im Verlauf bzw. im Nachgang des „Trauermarsches“ zu erheblichen Störungen (insb. Vermummung, Knallkörperwurf in Richtung eines Polizeibeamten), denen nur durch massive Polizeipräsenz Einhalt geboten werden konnte. Im Vorfeld hatte die linksautonome Szene eine „Hacking-Aktion“ u. a. auf die Internetseiten der Kameradschaft Aachener Land (KAL) durchgeführt, in deren Folge die Internetseiten für mehrere Tage nicht mehr aufgerufen werden konnten und die Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene für die beabsichtigten Kundgebungen massiv gestört war.

Es sind vor allem die ständig fortgesetzten „Outing“-Aktionen und „Hacking“-Angriffe, zu denen seitens der Aachener rechtsextremistischen Szene keine äquivalenten Gegenaktionen existieren. Offenbar reagiert die in und um Aachen stark vertretene rechtsextremistische Szene darauf mit verstärkter Gewaltbereitschaft. Da sich die Szeneangehörigen beider Phänomenbereiche nicht selber strafrechtlich belasten wollen, gelangen viele Tatbestände nicht zur Anzeige, sondern werden lediglich durch die Medienberichterstattung bekannt. Die Aufklärung der Sachverhalte durch die Polizei wird hierdurch erheblich erschwert.

### **Brandanschlag auf Fahrzeuge des Logistikunternehmens DHL**

Am 18. April 2010 wurden gegen 3.30 Uhr in Drensteinfurt zwölf Fahrzeuge der DHL<sup>2</sup> in Brand gesetzt. Zu der Tat bekannten sich einen Tag später in einem an die Belegschaft der Deutschen Post AG und DHL sowie an Zeitungsredaktionen gerichteten offenen Brief sogenannte ‚Friedfertige PhilatelistInnen und antimilitaristische AktivistInnen‘. Die bisher unbekanntes Täter stellten den Brandanschlag in Zusammenhang mit der antimilitaristischen Kampagne „comprehensive resistance“ (wörtlich übersetzt: „umfassender Widerstand“) und nehmen positiv Bezug auf bereits durchgeführte vergleichbare Brandanschläge auf DHL-Fahrzeuge sowie auf Sachbeschädigungen an Briefkästen, Packstationen und Postfilialen.

Die Aktion dürfte Teil der bundesweiten dem linksautonomen, antimilitaristischen Spektrum zuzurechnenden „DHL-Kampagne“ sein, die im Herbst 2008 vor dem Hintergrund der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel 2009 ins Leben gerufen wurde. Das Ziel der Kampagne ist vor allem, die Deutsche Post AG und ihr Tochterunternehmen DHL zur Aufgabe ihres Geschäftsbereichs „Military Affairs Bw/NATO“ und zur Kündigung eines Vertrags über den Transport leichter militärischer Ausrüstung und der logistischen Übernahme der Feldpost zu bewegen. Im Rahmen der Kampagne gab es im Jahr 2009 eine Reihe von Brandanschlägen auf Transportfahrzeuge der DHL im Bundesgebiet.

Der Brandanschlag in Drensteinfurt ist nach längerer Inaktivität die erste Aktion im Rahmen der DHL-Kampagne. Der thematische Schwerpunkt und die Art der Realisierung lassen darauf schließen, dass die Täter nicht in der örtlichen oder regionalen linksautonomen Szene verwurzelt sind. Brandanschläge dieser Größenordnung sind für Nordrhein-Westfalen neu. Der Schwerpunkt linksextremistischer Gewaltkriminalität liegt weiterhin im Bereich der ‚Autonomen Antifa‘.

---

<sup>2</sup> „DHL“ steht für die Gründer des 1969 von Adrian Dalsey, Larry Hillblom und Robert Lynn gegründeten Paket- und Brief-Express-Dienstes, der seit 2002 als DHL International GmbH zum Konzern der Deutschen Post AG gehört.

## 1.2 Auslandsextremismus

Nach wie vor steht Deutschland im Zielspektrum des internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus). Die zahlreichen Anschläge auf Bundeswehrkräfte in Afghanistan seit Beginn des Jahres mit Toten und Verletzten verdeutlichen, dass deutsche Einrichtungen, vor allem aber Bundeswehrkräfte, dort unmittelbar und unverändert im Fokus von Jihadisten sind. Zu den vielfältigen Deutschlandbezügen des internationalen islamistischen Terrorismus gehört darüber hinaus die Existenz eines jihadistisch ausgerichteten Personenpotenzials in Deutschland selbst. In diesen Kreisen zeigt sich ein zunehmendes Interesse daran, in das afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auszureisen, um sich dort an Kampfhandlungen zu beteiligen.

Zwischen der gestiegenen Zahl sogenannter „Ausreisefälle“ und der Häufung von Jihad-Propaganda im Internet wird ein Zusammenhang vermutet. Denn auch nach der jihadistischen Propaganda-Offensive gegen Deutschland im Zuge der Bundestagswahl 2009 reißt die deutschlandbezogene Jihad-Propaganda im Internet nicht ab. So riefen die im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet operierenden ‚Deutschen Taliban Mujahidin‘ in ihren über das Internet verbreiteten Videoproduktionen mehrfach in deutscher Sprache zum bewaffneten Jihad auf. Hinzu kamen vielfältige Deutschlandbezüge in anderen Internetveröffentlichungen jihadistischer Gruppierungen. Dazu zählte auch die Internetverlautbarung einer Taliban-nahen türkischen Gruppierung, die den Tod des deutschen Staatsangehörigen Eric Breiningers meldete, nach dem von Deutschland aus seit 2008 wegen Terrorverdachts gefahndet worden war.

Jihadisten haben die Verbreitungswege ihrer Propaganda weiter professionalisiert. Neben ‚al-Qaida‘-nahen Medienproduktionsstellen und kleineren Medienfirmen haben sich auf einschlägigen Internet-Foren sogenannte Medienteams etabliert, die Diskussionen gezielt steuern, Debatten emotionalisieren und bewusst auf die Radikalisierung junger Menschen abzielen. Unterstützung erfährt dieser gut durchstrukturierte Propagandabetrieb durch die Eigeninitiative unzähliger selbsternannter „Jihadis“, die auf eigenen Webseiten, in Foren und Chaträumen für den gewaltsamen Kampf gegen die „Ungläubigen“ eintreten. Durch die Verlinkung zu jihadistischen Internetpräsenzen und Videos erreicht jihadistische Propaganda in kürzester Zeit ein immer größeres Publikum.

Opfer und zugleich Akteure dieser Propagandamaschinerie sind zunehmend Frauen. Sie werden entweder durch entsprechende Videoaufrufe oder spezielle Frauen-Webseiten gezielt adressiert und an die jihadistische Ideologie herangeführt. Oder sie betätigen sich selbst als Propagandistinnen. Insbesondere bei der Verbreitung von Jihad-Videos und anderem Propaganda-Material ist eine gestiegene Aktivität von Frauen zu beobachten. Das Internet bietet ihnen die Möglichkeit, sich in den Dienst des kämpferischen Jihads zu stellen, ohne dabei aus ihrem „geschützten“ Raum heraustreten zu müssen. Sie können anonym und von zu Hause aus agieren und dennoch Öffentlichkeit erzielen. Auch die Bereitschaft einzelner Frauen, den bewaffneten Jihad in Krisengebieten durch die Rekrutierung und Schleusung von Kämpfern zu unterstützen, ist gestiegen.

Ein anderer Phänomenbereich, der durch die Ankündigung des Umzuges einer sogenannten „Islamschule“ von Braunschweig nach Mönchengladbach vor kurzem auch in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt wurde, ist der sogenannte „politische Salafismus“. Beim Salafismus handelt es sich um eine Ideologie im religiösen Gewand, die die Demokratie als unislamisch ablehnt und dabei Gewalt als Mittel zur Durchsetzung des eigenen Gesellschaftsmodells befürwortet bzw. im sogenannten „jihadistischen“ Spektrum die Idee der Gewaltanwendung sogar aktiv fördert und auslebt.

Die Salafisten berufen sich dabei auf die „frommen Altvorderen“, im Arabischen *al-salaf al-salih* – daher Salafisten. Mit den „Altvorderen“ sind Muslime der frühislamischen Zeit gemeint, also

die Gefährten des islamischen Propheten Muhammad, ihre Kinder und Enkel. Ihr Ziel ist es, eine Gesellschaft zu errichten, die sich an dieser von den Salafisten idealisierten Frühzeit orientiert. Koran und Prophetentraditionen (*Sunna*) werden bei ihnen wortwörtlich verstanden und auch umgesetzt. Die Scharia soll als Gesetzgebung in Gänze implementiert werden und in Deutschland beispielsweise in letzter Konsequenz an die Stelle des Grundgesetzes rücken. Dieses ganzheitliche Verständnis und der Wille zur politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung machen den Salafismus zu einer politischen Ideologie, die mit ihren politischen Ansprüchen, die Gesellschaft zu gestalten, nicht mehr unter die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit fällt.

### **1.3 Politisch motivierte Kriminalität**

Die „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) in Nordrhein-Westfalen ist im 1. Halbjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Demgegenüber ist die Anzahl der Gewaltdelikte angestiegen und liegt wieder auf dem Niveau des 1. Halbjahres 2006. Zahlreiche Ereignisse im In- und Ausland wirkten sich auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen aus und beeinflussten damit auch die Entwicklung der PMK.

Das herausragende Ereignis im Berichtszeitraum waren die Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und „Linken“ anlässlich des „Anti-Islamisierungs-Wochenendes“ der ‚Bürgerbewegung pro NRW‘\* und der NPD vom 26. bis 28. März 2010 im Ruhrgebiet. Die Teilnehmer der „rechten Szene“ führten mehrere Mahnwachen und Informationsstände vor Moscheen und Kulturvereinen durch. Den Abschluss sollte ein Sternmarsch auf die Merkez-Moschee im Duisburger Stadtteil Marxloh bilden.

Mehrere Tausend Menschen demonstrierten bei einem Bürgerfest gegen den Aufmarsch der „Rechten“. Eine Sitzblockade von Gegendemonstranten aus der „linken Szene“ sorgte dafür, dass sich der Beginn des Aufzuges von ‚pro NRW‘ verschob. Die eingesetzten Polizeibeamten lösten die Blockade auf und nahmen über 100 Personen in Gewahrsam. Erst danach konnte der Aufzug mit rund 200 Personen nahe der Moschee beginnen.

Der Aufzug der NPD verzögerte sich ebenfalls. An der geplanten Marschroute blockierten etwa 700 Gegendemonstranten eine Straße. Die Verantwortlichen der NPD verlegten den Startort und konnten den Aufzug trotz weiterer Störungsversuche der Gegendemonstranten durchführen. Nach der Abschlusskundgebung verließen die etwa 160 Personen den Veranstaltungsort.

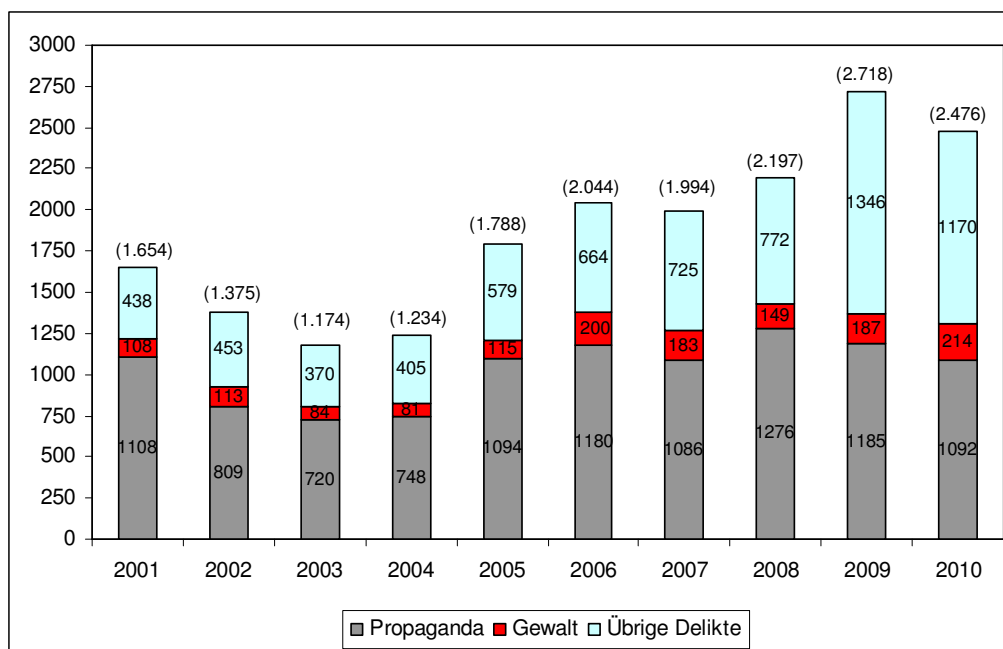
Am Duisburger Hauptbahnhof trafen „Rechte“ und Gegendemonstranten aufeinander. Nach wechselseitigen verbalen Provokationen kam es auf dem Bahnsteig zu Handgreiflichkeiten. Den Einsatzkräften der Bundespolizei gelang es, die Gruppen zu trennen. Dabei wurden sie von den Gegendemonstranten angegriffen und mit Flaschen beworfen. Die Angreifer konnten vor ihrer Flucht aus dem Bahnhofsgebäude an den Ausgängen festgehalten werden. Bei den über 60 Tatverdächtigen handelte es sich überwiegend um männliche Jugendliche.

#### **1.3.1 Gesamtentwicklung: weniger Straftaten als im 1. Halbjahr 2009**

In Nordrhein-Westfalen wurden für das 1. Halbjahr 2010 insgesamt 2.476 (1. Halbjahr 2009: 2.718) politisch motivierte Straftaten bekannt. Der Rückgang der Fallzahlen um 8,9 % (242 Straftaten) unterbricht den Trend der Vorjahre. Propagandadelikte machen mit 1.092 Fällen (1. Halbjahr 2009: 1.185) 44,1 % der PMK aus. Die Verringerung der Fallzahlen der übrigen Delikte



(ohne Gewaltdelikte) von 1.346 auf 1.170 Straftaten ist auf den deutlichen Rückgang von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz von 493 auf 97 Straftaten zurückzuführen.



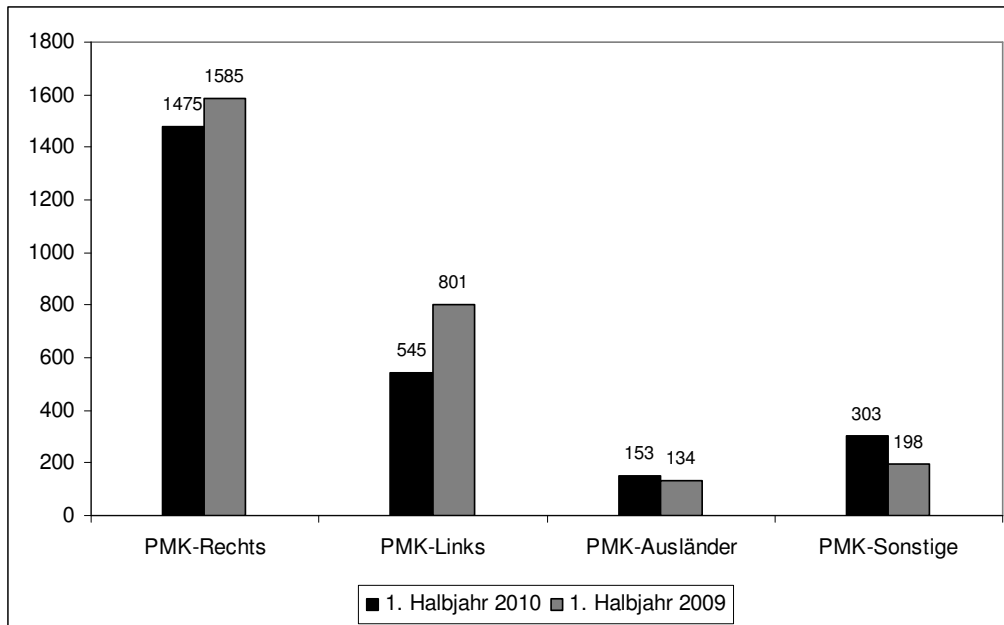
Grafik 1: PMK im Halbjahresvergleich von 2001 bis 2010

Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

- : 1.475 (1. Halbjahr 2009: 1.585) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität – Rechts“ (PMK-Rechts),
- : 545 (1. Halbjahr 2009: 801) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität – Links“ (PMK-Links) und
- : 153 (1. Halbjahr 2009: 134) Straftaten der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“ (PMK-Ausländer)

zuzurechnen. 303 (1. Halbjahr 2009: 198) Straftaten konnte keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden. Sie wurden als „Politisch motivierte Kriminalität – Sonstige/Nicht zuzuordnen“ (PMK-Sonstige) erfasst.

Die Betrachtung der PMK nach Phänomenbereichen zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum unterschiedliche Entwicklungen (vgl. Grafik 2): Einerseits Rückgang der PMK-Rechts um 110 Straftaten und der PMK-Links um 256 Straftaten; andererseits Anstieg der PMK-Ausländer um 19 Straftaten und der PMK-Sonstige um 105 Straftaten.



Grafik 2: PMK im 1. Halbjahr 2010 nach Phänomenbereichen

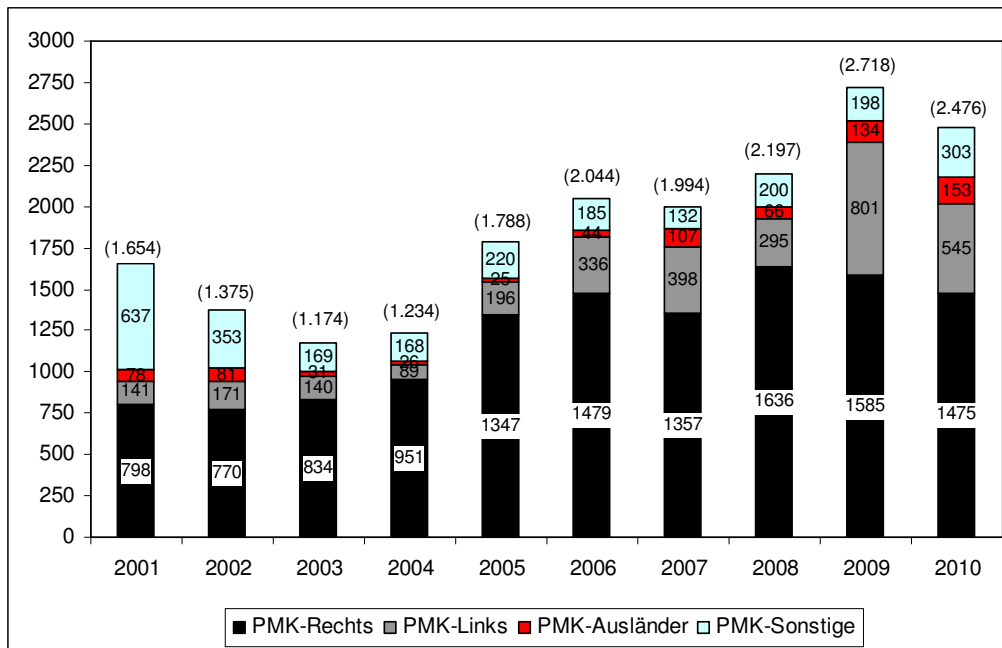
383 Straftaten wurden im Zusammenhang mit der Landtagswahl verübt. Bei den Straftaten handelte sich überwiegend (227 von 383 Straftaten) um Sachbeschädigungen an Wahlplakaten. Nach Phänomenbereichen unterschieden entfallen 146 Straftaten auf die PMK-Links, 66 Straftaten auf die PMK-Rechts und 2 Straftaten auf die PMK-Ausländer. 169 Straftaten sind der PMK-Sonstige zuzurechnen, da sich bei ihnen keine Anhaltspunkte für die Zuordnung zu einem Phänomenbereich ergaben.

Von den 2.476 Delikten sind 2.178 (88 %) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten.

Nach Phänomenbereichen unterschieden entfallen von den extremistischen Straftaten

- : 1.445 (1. Halbjahr 2009: 1.540) auf die PMK-Rechts,
- : 379 (1. Halbjahr 2009: 591) auf die PMK-Links,
- : 148 (1. Halbjahr 2009: 88) auf die PMK-Ausländer und
- : 206 (1. Halbjahr 2009: 45) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,8 % (86 Delikte) zurückgegangen.



Grafik 3: PMK nach Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich von 2001 bis 2010

### Anstieg der „Politisch motivierten Gewaltdelikte“

In Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 214 (1. Halbjahr 2009: 187) „Politisch motivierte Gewaltdelikte“ (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Anstieg um 14,4 % (27 Straftaten), der sich insbesondere durch einen Zuwachs bei den Körperverletzungen (von 108 auf 156 Straftaten) begründet.

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen (vgl. Tabelle) zeigt unterschiedliche Entwicklungen:

- : Anstieg der PMK-Links auf 109 Straftaten (1. Halbjahr 2009: 83),
- : Anstieg der PMK-Rechts auf 80 Straftaten (1. Halbjahr 2009: 77),
- : Anstieg der PMK-Sonstige auf 13 Straftaten (1. Halbjahr 2009: 7) und
- : Rückgang der PMK-Ausländer auf 12 Straftaten (1. Halbjahr 2009: 20).

Deliktsgruppen	Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Brand-/Sprengstoffdelikte	7	3	1	1	3	3	2	2
Landfriedensbruchdelikte	11	15	0	9	2	0	0	2
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr	4	0	0	0	1	5	0	0
Körperverletzungsdelikte	68	34	73	62	5	10	10	2
Widerstandshandlungen	19	27	5	3	0	0	1	0
Raub/Erpressung/Freiheitsberaubung	0	4	1	2	1	2	0	1
Sexualdelikte	0	0	0	0	0		0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	109	83	80	77	12	20	13	7
Bedrohungen/Nötigungen	14	12	9	9	6	8	4	2
Sachbeschädigungen	243	195	133	162	14	27	144	33
Propagandadelikte	11	15	1.014	1.055	2	6	65	109
Volksverhetzungen	3	2	158	165	12	18	10	12
Störung des öffentlichen Friedens	0	3	2	3	1	0	5	3
Beleidigungen	37	43	51	51	5	2	23	13
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	0	82	16	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	68	421	10	40	8	29	11	3
sonstige Straftaten	60	27	18	23	11	8	28	16
Summe Gesamt	545	801	1.475	1.585	153	134	303	198

*Tabelle: PMK nach Deliktsgruppen und Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich*

### 1.3.2 Politisch motivierte Kriminalität – Links

Hauptsächliche Themenfelder<sup>3</sup> der PMK-Links waren im 1. Halbjahr 2010 „Antifaschismus“ (Rückgang von 549 auf 256 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Rückgang von 496 auf 251 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 171 auf 338 Straftaten). Insgesamt wurden 545 Straftaten der PMK-Links erfasst (1. Halbjahr 2009: 801).

Mehr als die Hälfte der Straftaten der PMK-Links (311 von 545 Straftaten) waren Sachbeschädigungen (243 Delikte) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (68 Delikte). Die Anzahl der Sachbeschädigungen ist im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen (von 195 auf 243 Straftaten). Somit setzte sich der bereits im Vorjahr beobachtete Trend fort, dass in der „linken“ Szene vermehrt Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien mit antifaschistischen Parolen, wie beispielsweise „Nazis raus“, und Parolen gegen die Polizei begangen werden.

Der Anteil der Straftaten bei Demonstrationen und Veranstaltungen am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Links hat sich im 1. Halbjahr 2010 mit 33,0 % (180 von 545 Delikten) gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als halbiert (1. Halbjahr 2009: 68,2 %). Dies ist auf die deutlich geringere Zahl der Straftaten nach dem VersG (Rückgang von 421 auf 68 Straftaten) und hierbei insbesondere der Verstöße gegen das Vermummungsverbot zurückzuführen.<sup>4</sup>

#### Zahl der Körperverletzungen fast verdoppelt

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen (von 83 auf 109 Straftaten). Auffällig ist, dass sich die Zahl der Körperverletzungen verdoppelt hat (von 34 auf 68 Straftaten). Bei den Landfriedensbrüchen konnte jedoch ein Rückgang (von 15 auf 11 Straftaten) festgestellt werden. Mehr als die Hälfte der Gewaltdelikte (62 von 109 Straftaten) wurde bei demonstrativen Ereignissen verübt.

Der Anstieg der Fallzahlen bei den Gewaltdelikten ist mit den bekannt gewordenen Straftaten im Zusammenhang anlässlich der Landtagswahl (28 Straftaten) zu erklären. Verübt wurden überwiegend Körperverletzungen gegen Wahlhelfer von „rechten“ Parteien und „pro NRW“ (21 Straftaten) sowie Landfriedensbrüche bei Wahlveranstaltungen (4 Straftaten).

Die Gewaltdelikte richteten sich weiterhin häufig gegen Polizeibeamte (Anstieg von 47 auf 49 Straftaten). Der Anstieg der Fallzahlen setzte den Trend der letzten Jahre fort, dass Polizeibeamte bei Aufmärschen der „Rechten“ zunehmend Opfer von gewalttätigen „Linken“ werden. Die Gewaltdelikte werden überwiegend beim Versuch verübt, Polizeiabsperrungen gewaltsam zu überwinden. Der Auftrag der Polizei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und die Durchführung der Demonstration zu gewährleisten, wird bewusst ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten“ interpretiert. Die Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte wird so als legitimes Mittel im „Kampf gegen Rechts“ gerechtfertigt.

Die Anzahl der Gewaltdelikte bei Auseinandersetzung mit den „Rechten“ hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt (von 27 auf 67 Straftaten).

<sup>3</sup> Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.

<sup>4</sup> Alleine bei einer Demonstration am 28. März 2009 in Dortmund wurden über 300 Strafverfahren wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

Insgesamt wurden 99 (1. Halbjahr 2009: 125) Tatverdächtige ermittelt. 88 (1. Halbjahr 2009: 104) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 74 (1. Halbjahr 2009: 52) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

### **1.3.3 Politisch motivierte Kriminalität – Rechts**

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (Rückgang von 1.260 auf 1.166 Straftaten), „Hasskriminalität“<sup>5</sup> (Rückgang von 375 auf 335 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 150 auf 157 Straftaten). Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 79,5 % (1.172 von 1.475 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus. Insgesamt wurden 1.475 Straftaten der PMK-Rechts erfasst (1. Halbjahr 2009: 1.585).

Die Anzahl der Sachbeschädigungen durch „Rechte“ ist (von 162 auf 133 Straftaten) zurückgegangen. Somit setzte sich der im Vorjahr beobachtete Trend nicht fort, dass in der „rechten“ Szene vermehrt Sachbeschädigungen mit allgemeinen, nicht als Propagandadelikte inkriminierten „rechten“ Parolen und Symbolen, beispielsweise „frei, sozial und national“ und „AN“, begangen werden. 37 Sachbeschädigungen wurden durch „Autonomen Nationalisten“ verübt (1. Halbjahr 2009: 58).

### **Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts nahezu unverändert**

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Rechte“ ist nahezu unverändert geblieben (Anstieg von 77 auf 80 Straftaten). Schwerpunktmäßig handelte es sich um Körperverletzungen (Anstieg von 62 auf 73 Straftaten). Landfriedensbrüche sind im Vergleich zum Vorjahr (1. Halbjahr 2009: 9 Straftaten) nicht bekannt geworden. Überwiegend waren die Gewaltdelikte den Themenfeldern „Hasskriminalität“ (Rückgang von 33 auf 28 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 36 auf 32 Straftaten) zuzurechnen.

Insgesamt wurden 101 (1. Halbjahr 2009: 516) Tatverdächtige ermittelt. 75 (1. Halbjahr 2009: 353) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 78 (1. Halbjahr 2009: 142) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

### **Hasskriminalität durch „Rechte“ ist weiter zurückgegangen**

Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist um 10,2 % (von 373 auf 335 Straftaten) zurückgegangen. 89,0 % der Delikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ (298 von 335 Straftaten) waren Propagandadelikte, Volksverhetzungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ ist (von 33 auf 28 Straftaten) zurückgegangen.

---

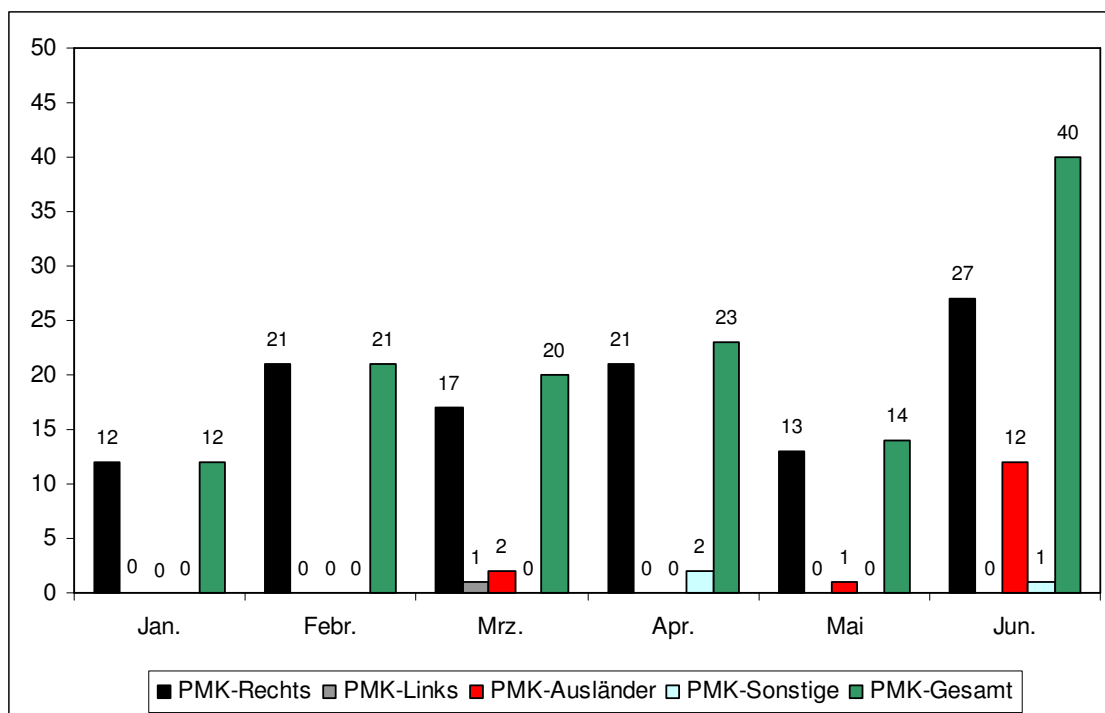
<sup>5</sup> Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind.

Dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ wurden weniger Delikte zugeordnet (Rückgang von 240 auf 229 Delikte). 24 Gewaltdelikte (1. Halbjahr 2009: 29 Straftaten) waren fremdenfeindlich motiviert.

### Rückgang der antisemitischen Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist um mehr als ein Drittel (von 176 auf 130 Straftaten) zurückgegangen. Dabei zeigt sich, dass die Entwicklung durch Ereignisse im Ausland beeinflusst wird. Als Reaktion auf den Militäreinsatz der israelischen Armee gegen die „Gaza-Solidaritätsflotte“ konnte beispielsweise im Juni ein Anstieg der antisemitischen Straftaten festgestellt werden.

Bei den Delikten handelt es sich wie in den Vorjahren fast ausschließlich um Volksverhetzungen (78 Straftaten), Propagandadelikte (27 Straftaten), Sachbeschädigungen (13 Straftaten) und Beleidigungen (10 Straftaten). Die Begehung von Gewaltdelikten ist die Ausnahme (1 Straftat).



Grafik 4: Antisemitische Straftaten nach Monaten und Phänomenbereichen

Von den 130 antisemitischen Straftaten entfallen

- : 111 Delikte auf die PMK-Rechts (1. Halbjahr 2009: 138),
- : 15 Delikte auf die PMK-Ausländer (1. Halbjahr 2009: 25),
- : 1 Delikt auf die PMK-Links (1. Halbjahr 2009: 2) und
- : 3 Delikte auf die PMK-Sonstige (1. Halbjahr 2009: 11).

### 1.3.4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen (von 134 auf 153 Straftaten). Hauptsächliche Themenfelder waren „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 66 auf 114 Straftaten) und „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 28 auf 113 Straftaten).

Phänomenologisch handelte es sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (82 Straftaten), Sachbeschädigungen (14 Straftaten) und Volksverhetzungen (12 Straftaten).

Der deutliche Anstieg der Fallzahlen begründet sich mit den Aktivitäten von Anhängern der in Deutschland verbotenen ‚Arbeiterpartei Kurdistans‘ (PKK, jetzt KONGRA-GEL). Die Anzahl der Straftaten in diesem Zusammenhang hat sich mehr als verdoppelt (von 45 auf 109 Delikte). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass 81,7 % der Delikte (89 von 109 Straftaten) anlässlich einer Demonstration der ‚Förderung der kurdischen Vereine in Deutschland e. V.‘ (YEK-KOM) zum Thema „NEWROZ, Freiheit für Abdullah Öcalan, Frieden in Kurdistan“ (Schreibweise übernommen) am 20. März 2010 in Düsseldorf verübt wurden. Einige Kundgebungsteilnehmer zeigten verbotene Fahnen der PKK und waren verummmt. Alleine 79 Strafverfahren wurden wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet<sup>6</sup>.

### Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer ist deutlich (von 20 auf 12 Straftaten) zurückgegangen. 75,0 % der Gewaltdelikte (9 von 12 Straftaten) wurden im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ verübt, von denen 8 Gewaltdelikte durch Angehörige oder Unterstützer der verbotenen PKK begangen wurden. Hauptsächlich handelte es sich um Körperverletzungen (Rückgang von 10 auf 5 Straftaten) und Landfriedensbrüche (Anstieg von 0 auf 2 Straftaten).

Insgesamt wurden 15 (1. Halbjahr 2009: 17) Tatverdächtige ermittelt. 9 (1. Halbjahr 2009: 7) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 7 (1. Halbjahr 2009: 7) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

### 1.3.5 Weiterhin hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Der hohe Grad der Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen hält unverändert an. Die Gefährdung lässt sich nicht allein an den drei (1. Halbjahr 2009: 15) bekannt gewordenen Straftaten messen, die dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ zugeordnet wurden, sondern muss auch an dem möglichen Schadenspotential einzelner Tatplanungen und Delikte festgemacht werden. Bei den Delikten handelte es um zwei Bedrohungen und eine Beleidigung.

Besonders im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin Personen, darunter auch deutsche Konvertiten, mit tatsächlichen oder vermuteten Auslandsaufenthalten in Trainingslagern

---

<sup>6</sup> Bei Straftaten gemäß § 20 Abs. 1 VereinsG (Zeigen von Kennzeichen verbotener Vereine oder Parteien) ist nach den „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität“ je ein Tatverdächtiger ein Fall zu erfassen.



terroristischer Gruppierungen. Die Personen erwerben dort Kenntnisse im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, so dass von ihnen nach ihrer Rückkehr ein erhöhtes Sicherheitsrisiko ausgeht.

Die Propagandaoffensive islamistischer Gruppierungen im Internet ist auch im 1. Halbjahr 2010 fortgesetzt worden. Mehrfach wurden deutschsprachige Terrorbotschaften bekannt, in denen zielgerichtet in Deutschland lebende Muslime angesprochen und Anschläge gegen Deutschland wegen des Auslandseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan angedroht wurden.

Allgemein muss in Deutschland – und somit auch in Nordrhein-Westfalen – unverändert mit Anschlägen verdeckt operierender Terrorzellen gerechnet werden. Eine zunehmende Verselbstständigung bestehender Gruppierungen und Strukturen sowie die Entstehung neuer, teilweise völlig autonom agierender Gruppen ist als wahrscheinlich anzusehen. Auch die Bedrohung durch Kleinstgruppen und fanatisierte Einzeltäter hält unvermindert an.

## 2 Parteien bei der Landtagswahl 2010<sup>7</sup>

### 2.1 Desaster für die NPD bei der Landtagswahl – beide Wahlziele klar verfehlt

Seit mehreren Jahren hat die ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) mit unterschiedlichem Erfolg versucht, mit sozialen Themen wie „Hartz IV“, Globalisierung, Arbeitslosigkeit, Wähler für sich zu mobilisieren. Neben Jung- und Erstwählern hatte die NPD vor allem Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger und Menschen, die sich als Verlierer der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung empfinden, als Zielgruppen ihrer Propaganda im Visier. Dabei war sie in Ostdeutschland durchweg erfolgreicher als in Westdeutschland. Nicht wenige sehen deshalb die NPD bereits auf dem Weg zu einer ostdeutschen Regionalpartei. Gerade dort versucht sie, sich als Nationale Partei mit starkem Heimatbezug zu profilieren. Gegen diesen sogenannten „sächsischen Weg“ gab es starken Widerstand aus dem Neonazi-Spektrum und Teilen des Bundesvorstandes. Im daraufhin verfassten Positionspapier „Der deutsche Weg“ werden deutlich extremistischere Positionen vertreten. Dieser Strömung muss auch der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen zugerechnet werden.

In den letzten Jahren hatte der Landesverband seine organisatorischen Strukturen (Zahl der Kreisverbände) nominal deutlich ausgebaut. Die letzten Wahlkämpfe zeigen aber, dass nicht alle Kreisverbände gleichermaßen politisch aktiv und handlungsfähig sind. Während einige Kreisverbände wöchentlich Infostände und Mahnwachen veranstalteten, haben andere Kreisverbände nicht einmal plakatiert. Die NPD ist in Nordrhein-Westfalen nicht flächendeckend vertreten, sondern schwerpunktmäßig im Ruhrgebiet, im Rheinland und im Sauerland, während sie im Münsterland und Ostwestfalen eher ein Schattendasein fristet, was sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt.

Nicht zuletzt die Kommunalwahl 2009 hat gezeigt, dass sich die NPD mit ihrer bisherigen Agitation kaum neue Wählergruppen erschließen kann. Sie hat deshalb im Landtagswahlkampf – ähnlich wie ‚pro NRW<sup>8</sup>‘ – anti-islamische Propaganda zu ihrem Schwerpunktthema gemacht.

Schwierig ist für die NPD zudem, dass sie ein weites Spektrum „bedienen“ muss. Dies reicht von Neonazis mit einem eindeutig nationalsozialistisch geprägtem Weltbild bis zu eher konservativen/reaktionären Positionen in Teilen der ‚Deutschen Volksunion\*‘ (DVU)<sup>9</sup>, deren Mitgliederbestand sich die NPD einverleiben möchte. Hierzu plant die NPD für November 2010 einen außerordentlichen Bundesparteitag, um die Fusion mit der DVU\* zu vollenden. Der ständige Spagat zwischen eindeutig rechtsextremistischen Positionen und dem Versuch, in das rechtskonservative Wählerspektrum vorzustoßen, übersteigt auf Dauer die Kräfte der NPD und schwächt ihre politische Positionierung. Einerseits bleibt sie bei den weitaus meisten Wählern – zumindest in Nordrhein-Westfalen – eindeutig als rechtsextremistisch stigmatisiert und politisch geächtet. Andererseits verprellt sie ihre Unterstützer im Neonazi-Spektrum, wenn sie von extremistischen Positionen abrückt. Gerade im rechtsextremistischen Lager – und mit der ‚pro‘-Bewegung\* – hat die NPD aber auch politische Konkurrenz.

---

<sup>7</sup> Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (\*) ausdrücklich hervorgehoben.

<sup>8</sup> Bei ‚pro NRW\*‘ bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung.

<sup>9</sup> Bei der DVU\* bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung.

## Die Landtagswahl im Einzelnen:

Die NPD hatte im Vorfeld der Landtagswahl offenbar große Probleme, sowohl geeignete (Direkt-)Kandidaten für die insgesamt 128 Wahlkreise in NRW zu finden, als auch die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beizubringen. Am Ende gelang es der NPD gerade einmal in 27 Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten. Das waren nur wenige mehr als die 23 Personen umfassende Landes-Reserveliste. Landesweit erzielte die NPD bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 ein Ergebnis von 0,3% der Erst- und 0,7% der Zweitstimmen. Das sind 24.781 bzw. 55.831 Stimmen.

Auffällig ist, dass sie in Wahlkreisen mit NPD-Direktkandidaten überwiegend mehr Stimmen erzielte als im Landesschnitt, nämlich durchweg über 1% der Stimmen.

Bei der Landtagswahl 2005 hatte die NPD noch 0,9% (absolut 73.969) der abgegebenen Stimmen und damit ein besseres Ergebnis erzielt. Auch die Ergebnisse bei der Kommunalwahl 2009 lagen – soweit sie überhaupt angetreten war – über denen der Landtagswahl 2010.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die NPD in den Wahlkreisen	
55 Oberhausen	2,2% (1.118) der Erststimmen
109 Bochum III - Herne II	2,7% (1.592) der Erststimmen
121 Märkischer Kreis I	2,0% (1.157) der Erststimmen
Ihre schlechtesten Ergebnisse erzielte die NPD in	
14 Köln II	0,1% (99) der Zweitstimmen
29 Bonn I	0,2% (160) der Zweitstimmen

Die NPD hat damit ihr wichtigstes Wahlziel klar verfehlt – das Überschreiten der 1%-Hürde und den damit verbundenen Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung. Auch ihr zweites Wahlziel, stärker abzuschneiden als die ‚Republikaner‘ (REP)<sup>10</sup> und ‚pro NRW‘, hat die NPD nicht erreicht. Sie bleibt in Nordrhein-Westfalen in ihrer bisherigen Rolle als bedeutungslose rechts-extremistische Splitterpartei. Der „Kampf um die Parlamente“ endete in NRW wieder einmal mit einer deutlichen Niederlage.

Ihren Führungsanspruch („Kampf um den organisierten Willen“) im „rechten“ Spektrum konnte die NPD ebenfalls nicht durchsetzen. Insofern war die Stimmung im Landesverband nach der Wahl ziemlich bedrückt. Der NPD Landesverband selbst bewertet das Ergebnis denn auch wie folgt:

*„In einer 7-stündigen Sitzung diskutierten die Mitglieder über das Ergebnis, welches ausnahmslos als desolat bezeichnet wurde. Der Landesvorstand kam zu der Erkenntnis, daß man es im Wahlkampf nicht geschafft hat ausreichend Jung- und Erstwähler zu mobilisieren, die sonst überproportional häufig für die NPD stimmen, um das Minimalziel der 1%-Hürde zu überspringen. Strukturelle Defizite im größten Bundesland sind für den Landesvorstand eines der Ursachen für das schlechte Abschneiden. Eine weitere sieht man in der schlechten finanziellen Ausstattung durch die Bundespartei, was eine flächendeckende Sichtwerbung im gesamten Bundesland unmöglich machte. Außerdem kritisierte die Landesführung die innerparteiliche Unterstützung durch andere Landesverbände und ganz besonders des Parteivorstandes, welcher (mit wenigen Ausnahmen) die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen augenscheinlich ignorierte.“*

Die angekündigten organisatorischen Maßnahmen dürften allerdings nur wenig an der anhaltenden Erfolglosigkeit des NPD-Landesverbandes ändern.

<sup>10</sup> Die REP unterliegen seit 2006 nicht mehr der Beobachtung durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen.

## 2.2 pro NRW\*

Trotz weiterhin geringer personeller Ressourcen (einige der Führungspersonen haben mehr als eine Funktion) plant ‚pro NRW\*‘ die Strukturen in Ostwestfalen sowie an anderen Stellen des Ruhrgebietes zu verbessern. Bemerkenswert ist dabei, dass ‚pro NRW\*‘ vornehmlich auf den Übertritt von Mandatsträgern anderer Parteien setzt, während die NPD die Zusammenarbeit oder den Zusammenschluss mit anderen Parteien anstrebt.

‚Pro NRW\*‘ erreichte bei der ersten Teilnahme an einer Landtagswahl nicht das selbstgesetzte Ziel. Sie war in 53 von 128 Wahlkreisen mit Direktkandidaten angetreten; ihre Landesliste umfasste 36 Kandidaten. Damit erhielt sie 0,9% der Erst- und 1,4% der Zweitstimmen. ‚Pro NRW\*‘ konnte sich allerdings – ähnlich wie schon bei der Kommunalwahl – deutlich gegenüber anderen rechtsgerichteten Parteien und vor allem der NPD durchsetzen.

In Köln, wo die ‚pro\*‘-Bewegung mit ‚pro Köln\*‘ ihren Ursprung hat und zuletzt bei der Kommunalwahl 2009 über 5% erzielte, blieb die Partei deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Die Ergebnisse in den Kölner Wahlbezirken lagen zwischen 1,2 und 3,4% und damit deutlich unter denen der Kommunalwahl.

Die höchsten Ergebnisse auf Landesebene erzielte ‚pro NRW\*‘ in Gelsenkirchen I (4,3% der Erst- und 4,0% Zweitstimmen) und in Duisburg IV (4,6% Erst- und 5,2% Zweitstimmen). Dies bestätigt die Feststellung: Die ‚pro\*‘-Bewegung erzielte dort Ergebnisse über dem Landesdurchschnitt, wo sie präsent ist. Bei der Kommunalwahl war dies insbesondere im Rheinland und dort vor allem in den Städten Bergheim, Radevormwald, Dormagen und Leverkusen erkennbar, wo ‚pro NRW\*‘ auf Anhieb jeweils 2 bis 3 Mandate holte.

Die von ‚pro NRW\*‘ angewandte Strategie, ihre Propaganda auf die angebliche „Islamisierung“ und die „Anti-Minarett-Kampagne“ zu konzentrieren, hat letztlich nicht verfangen. Zwar hat die mit den Veranstaltungen verbundene Provokation der Partei die gewünschte mediale Aufmerksamkeit verschafft, die angestrebten Wahlerfolge blieben aber aus. Selbst das für eine kleine Gruppierung hohe Wahlkampfengagement (Plakatierung, Werbetour mit einem Bus) in der letzten Woche vor der Wahl hat nicht zum Erreichen des selbst genannten Ziel – Einzug in den Landtag – geführt.

Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn ‚pro NRW\*‘ nun vermehrt andere Themen aufgreift – etwa aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen („Keinen Cent für Griechenland! – Betrug am deutschen Steuerzahler verhindern!“). Die Partei spricht damit neben ihrem bisherigen Standardthema „Islamisierung“ auch andere Themenfelder an, von denen sie annimmt, dass sie auf verstärktes Interesse auch in der Mitte der Gesellschaft stoßen. Ihr vordringliches Ziel dabei ist es, sich aus einer Randgruppensituation zu lösen und „wählbarer“ zu erscheinen. Nach eigenen Aussagen hat sie dabei die Kommunalwahl 2014 und die Landtagswahl 2015 bereits fest im Blick.

### 2.3 DIE LINKE.NRW\*

Der erste bekannt gewordene Programmentwurf zur Landtagswahl führte zu kritischen Stimmen aus der Bundespartei. In dem schließlich auf dem Parteitag in Hamm am 8. November 2009 verabschiedeten Wahlprogramm zeigte sich – trotz der vorgenommenen Änderungen zum Entwurf – wie sehr sich der antikapitalistische Teil der Partei, unter maßgeblichem Einfluss der extremistischen Strömungen, durchsetzte (s.a. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein - Westfalen 2009). Diese Positionierung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes stieß zwar auch innerparteilich auf Kritik vor allem vom „Reformer-Flügel“ der Partei, bildete jedoch bis zur Wahl die programmatische Grundlage des Wahlkampfes.

#### Zur Landtagswahl im Einzelnen

Landesweit erzielte die ‚DIE LINKE.NRW‘ 5,4% (414.906) der Erst- und 5,6 % (434.846) der Zweitstimmen und zog mit 11 Abgeordneten in den Landtag ein. Die Partei trat in allen 128 Wahlkreisen an, konnte allerdings keinen Wahlkreis direkt gewinnen. Die Partei erreichte in den Wahlkreisen zwischen 3,3 und über 10% der Zweitstimmen. Das beste Ergebnis eines Direktkandidaten wurde mit 10,1 % in Duisburg III erreicht. Bei der letzten Landtagswahl 2005 erzielte die damalige PDS noch 0,9% und die (nicht vom Verfassungsschutz beobachtete) WASG 2,2 % der abgegebenen Stimmen. Zum Vergleich: Bei der Europawahl 2009 verfehlte ‚DIE LINKE‘ in Nordrhein-Westfalen mit 4,6% noch die 5%-Marke, bei den Kommunalwahlen blieb sie mit 4,4% erneut darunter. Bei der Bundestagswahl 2009 konnte sie in Nordrhein-Westfalen ihr Ergebnis allerdings erheblich steigern: 8,4 %.

beste Ergebnisse der LINKE	
Duisburg	III (10,1%)
Bielefeld	I (9,7%)
Wuppertal	II (8,8%)
Duisburg	IV (8,7%)
schlechteste Ergebnisse der LINKE	
Coesfeld I - Borken III	(3,2%)
Warendorf I	(3,6%)
Rhein-Sieg-Kreis III	(3,6%)
Borken I	(3,3%)

Der Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag war auf der Basis der Umfragewerte und des Abschneidens bei der Bundestagswahl zu erwarten. In den Umfragen vor der Landtagswahl hatte die Partei konstant zwischen 5 und 7 % abgeschnitten. Der personelle und materielle Einsatz bei der Landtagswahl dürfte vergleichbar mit der Bundestagswahl gewesen sein. Die Bundespartei hatte die Landtagswahl zur „Chefsache“ erklärt. In einer Fülle von Wahlveranstaltungen hatten die „Größen“ der Partei bis dahin kaum bekannte Kandidaten in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

‚DIE LINKE.NRW‘ hatte damit ihr erstes Wahlziel, den Einzug in den Landtag erreicht. Angesichts der Pattsituation zwischen CDU/FDP und SPD/Grüne sieht sie sich als „das Zünglein an der Waage“, ihr erklärtes zweites Wahlziel. Der Landesverband selbst bewertet das Ergebnis als großen Erfolg. Bundespolitisch zeige das Ergebnis, dass die Partei nun endgültig im Westen angekommen sei, das ausdrückliche Ziel des Beitrittes der WASG in die PDS im Jahr 2007. Sie habe sich als konstante Kraft links von der Sozialdemokratie etabliert. ‚DIE LINKE‘ ist mittlerweile im Bundestag sowie in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten.

Konkurrenz im „linken Lager“ gab es so gut wie keine: Die ‚Deutsche Kommunistische Partei‘ (DKP) hatte keine Landesliste aufgestellt und trat nur in zwei Wahlkreisen an (41: Düsseldorf II und 13: Köln I), in denen sie 0,2% (100 Stimmen) bzw. 0,1 (95 Stimmen)% der Erststimmen erzielte. Darüber hinaus gab die DKP eine Wahlempfehlung zugunsten der Partei ‚DIE LINKE.NRW‘ ab. Die MLPD ist nicht angetreten, auch nicht in AUF-Wahlbündnissen.

### 3 Gewaltbereitschaft bei „antifaschistischen“ und „antirepressiven“ Gruppierungen<sup>12</sup>

#### **Aktionen gegen Staat, Kapitalismus und „Nazis“**

Die ideologisch verbindende Klammer der heterogenen, stark fragmentierten linksautonomen Szene in Nordrhein-Westfalen sind fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente. Mit Blick auf die Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten spaltete sie sich in den vergangenen zehn Jahren in zwei Lager, die entweder propalästinensische/proarabische oder proisraelische/antideutsche Positionen vertreten. Die Anhänger der proisraelischen/antideutschen Position werden summarisch und vereinfachend auch „Antideutsche“ genannt. Obwohl dieser Spaltungsprozess weiter anhält, sind sich beide Denkrichtungen einig im Kampf gegen angebliche staatliche Repression, gegen das bürgerlich-kapitalistische System und gegen „Rechts“.

Die linksautonome Szene war nie sonderlich ideologieorientiert, sondern agierte stets aktionsbezogen. Ausgangspunkt für ideologische Grundsätze ist eine rein subjektive, von der Einzelperson selbst gebildete und auf diese Einzelperson beschränkte Weltsicht (autonomer Subjektivismus). Aus diesem Grund haben Autonome sehr unterschiedliche Ansichten zu zentralen Themen wie Gewalt, Verbindlichkeit von Entscheidungen und Zukunftsperspektiven. Den gemeinsamen Boden bilden aber bestimmte Aussagen, die zumindest definieren, wogegen man sich wendet.

Staat und staatliche Institutionen werden strikt abgelehnt („Antirepression“). Die linksautonome Szene selbst fordert zudem sogenannte „herrschaftsfreie Räume“ oder „Freiräume“ abseits der Einflussphären von Staat und Gesellschaft. Dort werden Freizeit und Politik miteinander verquickt, wobei das Ziel linksautonomer Politik darin besteht, die Freiräume auf der Basis linksextremistischer Positionen immer weiter auszudehnen.

Darüber hinaus ist es Ziel, jegliche „rechten“ Erscheinungsformen (Veranstaltungen, Demonstrationen, Personen) zu unterdrücken, zu bekämpfen bzw. zu diskreditieren. Bei Antideutschen steht die uneingeschränkte Solidarität mit Israel im Vordergrund, die es sowohl „gegen Rechts“ als auch gegen Israel-kritisches Vorgehen aus dem linken Spektrum zu wahren gilt.

Theoriearbeit findet zwar auch statt, im Vordergrund stehen aber Aktionen. Unabhängig von internen Auseinandersetzungen und jeweiligen Denkansätzen sehen linksautonome Gruppen ihren Schwerpunkt vorwiegend im Bereich des „autonomen Antifaschismus“. Dieser zeichnet sich im Gegensatz zum bürgerschaftlichen Engagement gegen den Rechtsextremismus durch eine stark gewaltorientierte Komponente aus. Insbesondere im Zusammenhang mit Kundgebungen rechtsextremistischer Gruppierungen wenden Antifa-Aktivist\*innen Gewalt an, um diese Kundgebungen zu stören oder zu verhindern. In nahezu jeder Stadt sind Gruppierungen der „Autonomen Antifa“ aktiv.

Agitations- und Aktionsformen gegen Personen und Institutionen der „rechten“ Szene reichen von Flugblatt- und Szenepublikationen über „Outings“ bis zu Gewalttaten mit Personen- und

---

<sup>12</sup> Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (\*) ausdrücklich hervorgehoben.

Sachschäden. Sie sind häufig als Reaktion auf Veranstaltungen des „rechten“ Spektrums zu sehen und richten sich vor allem

- : gegen Kundgebungen und andere öffentliche oder interne Veranstaltungen rechtsgerichteter Gruppierungen mit dem Ziel, diese zu stören oder zu verhindern,
- : gegen Organisationen, Institutionen und Szeneobjekte rechtsgerichteter Gruppierungen,
- : gegen Einzelpersonen, die tatsächlich oder vermeintlich der rechtsextremistischen Szene angehören oder denen eine Unterstützung dieser Szene unterstellt wird.

## **Strukturen und Bündnisse**

Größe und Struktur linksautonomer Gruppierungen sind lokal unterschiedlich und wechseln rasch. Linksautonome Protagonisten lehnen festgefügte und hierarchisch geprägte Organisationsstrukturen strikt ab. Insbesondere bei der Kampagnenarbeit und bei Mobilisierungen für gemeinsame Aktionen bilden sich jedoch funktions- und kommunikationsbezogene Zuständigkeiten.

Der Altersschwerpunkt liegt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 25 Jahren. Allerdings gibt es auch deutlich ältere „Altautonome“. Wissenschaftliche Studien zum Milieuhintergrund linksautonomer Aktivist\*innen existieren nur fragmentarisch und haben daher eingeschränkte Aussagekraft. Insgesamt handelt es sich – altersbedingt – um eine stark fluktuierende Szene, die sich nur in begrenztem Umfang konkreten Gruppenstrukturen zuordnen lässt.

Bei ihren Aktionen geht die Autonome Antifa sowohl taktisch-pragmatische Bündnisse „gegen Rechts“ mit linksextremistischen Parteien und Gruppierungen – etwa der ‚Deutschen Kommunistischen Partei‘ (DKP) und der ‚Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands‘ (MLPD) – ein, als auch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, welche die gleichen oder ähnliche Themenschwerpunkte mit legalen Mitteln durchsetzen wollen. In Teilen der Gesellschaft existiert ein zwar ablehnend-distanzierter, gleichzeitig aber auch partiell verständnisvoller Umgang mit autonomen Zielsetzungen und Handlungsoptionen. Sie werden mitunter als übermütig-leidenschaftliches Eintreten für eine positive Sache verklärt.

Ziel der Linksautonomen ist es hier, den gesellschaftsübergreifenden Konsens „gegen Rechts“ zu nutzen, um eigene Strukturen mit fremden Mitteln zu stärken. Antideutsche Aktivist\*innen lehnen die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen prinzipiell ab, machen vor dem Hintergrund einer erfolgreicherer Mobilisierung jedoch auch Ausnahmen von dieser Regel.

## **Rekrutierungsmuster der linksextremistischen Szene: Soziales Engagement als Anreiz für Jugendliche**

Personen der linksautonomen Szene haben in der Regel einen Vorlauf im linksalternativen Spektrum und schließen sich anlass- und aktionsbezogen zusammen, um die Mobilisierung für ihr jeweiliges Themengebiet mit Aktionen zu unterstützen, die nicht mehr im Einklang mit gängigen und legalen politischen Mitteln stehen. Dazu können etwa Hausbesetzungen, Straßenblockaden zur Verhinderung von Kundgebungen rechtsextremistischer Organisationen oder CAS-TOR-Transporten und Hacking-Angriffe auf rechtsextremistische Internetseiten gehören.

Selbstgestaltete Informationsdienste (Twitter, Blogs, Foren) und soziale Netzwerke im Internet werden von der linksautonomen Szene genutzt, um eine schnelle Kommunikation zu gewährleisten. Über virtuelle Vernetzungen lassen sich gerade bei Mobilisierungskampagnen vor allem jugendliche Nutzer gewinnen. Die Oberflächlichkeit dieser Beziehungen zieht zwar zwangsläufig keine darüber hinausgehende Aktivität nach sich, bietet aber schnelle Anknüpfungspunkte für Szenekontakte.

Politisch „links“ zu sein vermittelt Jugendlichen nicht selten ein Gefühl von Gerechtigkeit, Solidarität, kritischem Hinterfragen bestehender Strukturen und Suche nach neuen, alternativen Lebensformen und Handlungsmustern in Gruppenzusammenhängen. Kommt eine politische Motivation hinzu, die sich auf zunehmende Distanz zum etablierten politischen Spektrum gründet, sehen manche Jugendliche den „antifaschistischen Kampf“ und „Aktionen für Freiräume“ als attraktive Alternativen, um ihrem Bedürfnis nach aktionsorientiertem Handeln außerhalb konventioneller „bürgerlich-vermachteter“ Strukturen Ausdruck zu verleihen.

Dass dabei unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ allerdings die politische Auffassung Andersdenkender von vornherein diskreditiert wird, Staat und Polizei als „Beschützer der Rechten“ und Bewahrer eines kapitalistisch geprägten Status quo gesehen werden, und das staatliche Gewaltmonopol prinzipiell missachtet wird, verengt den Blick und ist Ausdruck eines fehlenden demokratisch-pluralistischen Grundverständnisses.

Die Faszination für Jugendliche und junge Erwachsene, die das Eintreten für eigene und zum Teil auch in weiten Teilen der Gesellschaft vorhandene Ideale bei gleichzeitiger situationsbedingter oder sogar geplanter Gewalt hat, ist nicht zu unterschätzen. Auf diese Weise werden szeneseitig Outlaw- und Freiheitskämpfer-Phantasien ausgelebt und – sollte man dafür verurteilt werden – Märtyrer und Opfer kreiert. Auch Trittbrettfahrer ohne besondere politische Motivation finden auf diese Weise eine Plattform, die eventbezogenes Action-Gehabe zu heroischem Handeln verklärt. Auch in der linksautonomen Szene selbst wird diese Wechselwirkung häufig kritisiert.

Ähnliche Motive und Prozesse an der Schwelle zum Erwachsenwerden können allerdings auch den Keim einer Hinwendung zu anderen Phänomenbereichen des Extremismus – beispielsweise den rechtsextremistischen "Autonomen Nationalisten" – legen.

### **Zunehmende Gewaltorientierung bei Demonstrationen**

In Berlin und Hamburg kam es im Jahr 2009 und Anfang 2010 zu einer Vielzahl von Gewaltdelikten (Angriffe auf Polizeibeamte mit zum Teil schweren Verletzungen, Brandstiftungen gegen Fahrzeuge), die mit der Verdrängung der einkommensschwächeren Bevölkerung in innenstadtnahen Stadtteilen als Folge der Sanierung und Aufwertung von Wohngebieten (Stichworte: Gentrifizierung und Yuppiesierung) in Zusammenhang gebracht wurden.

Zeit- und ortsgebundene Auseinandersetzungen mit einer gewissen Tradition – wie in Berlin und Hamburg – mit besonders schweren Gewalttaten gibt es in NRW allerdings nicht. Der Protest gegen Gentrifizierung findet lediglich in gelegentlichen Hausbesetzungen und Eingriffen in den innerstädtischen Verkehr seinen Ausdruck. Auch der Brandanschlag auf Fahrzeuge des Logistikunternehmens DHL am 18. April 2010 in Drensteinfurt als Teil einer bundesweiten Kampagne des linksautonomen, antimilitaristischen Spektrums ändert nichts an diesem Befund.

Gewalt in der linksextremistisch-autonomen Szene wird seit jeher als ein Mittel der politischen Auseinandersetzung mit den „Rechten“, dem Staat und mit Wirtschaftsunternehmen verstanden



und legitimiert. Gewaltausübung ist darüber hinaus auch Ausdruck einer egoistisch-hedonistisch orientierten Subkultur geworden, die den Erlebniswert entgrenzter Konkurrenzsituationen und dabei angewandeter Gewalt höher schätzt als ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Meinungen. Stichworte dafür sind Krawallkids, Hooliganismus, Ghettoverhalten und unpolitische Eventgewalt. Letzteres wird durch die Feststellung unterstützt, dass Gewalttäter bei Ausschreitungen anlässlich von Demonstrationen oft recht jung sind und häufig kein festgefügtes politisches Weltbild haben. Anlassbezogen finden wir eine erhöhte Zahl junger Gewalttäter im Alter zwischen 16 und 25 Jahren vor.

## 4 „WIR oder Scharia!“ – Islamfeindschaft als Leitmotiv eines Briefes der NPD an Schülerververtretungen in Nordrhein-Westfalen!“<sup>13</sup>

### 4.1 Jugendorientierung der NPD und Erfolge bei jungen Wählern

Die ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) hat sich gewandelt. 1964 gegründet, ist sie die älteste rechtsextremistische Partei in Deutschland. In den späten 1960er Jahren zog sie in sieben Landtage ein, scheiterte bei der Bundestagswahl 1969 und fristete dann lange Zeit ein Schattendasein ohne nennenswerte Erfolge: von Diskursen geprägt, die zum Teil unmittelbar mit dem historischen Nationalsozialismus verknüpft waren, weitgehend ohne Ideen und Bereitschaft, ihr Gedankengut in ein moderneres Gewand zu hüllen und von internen Zwistigkeiten gelähmt. Seither sind jüngere Kräfte auf den Plan getreten, unter ihnen solche, die zuvor neonazistischen Organisationen angehört hatten, die die Innenminister des Bundes oder eines Landes verboten hatten. Unter ihrem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt sucht die Partei die Verbindung zu neonazistischen Kräften und rechtsextremistisch geprägten Teilbereichen von Jugendkulturen. Heute kann kaum eine Partei in Deutschland auf eine jüngere Mitgliederschaft verweisen als die NPD. Werbematerialien, die bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Interesse wecken sollen, sind zentraler Bestandteil ihrer Propaganda: „Schulhof-CDs“, Internetportale, Comics, Schülerzeitungen, Profile in Online-Communities und anderen Web-2.0-Angeboten.

Diese Akzentverschiebung ändert nichts am demokratiefeindlichen Charakter der NPD-Botschaften, zählt aber zur Basis der Wahlerfolge, die die Partei in jüngsten Jahren verbuchen konnte. Dies gilt besonders für die Landtagswahlen in Sachsen 2004 und 2009 sowie in Mecklenburg-Vorpommern 2006, bei denen die NPD mit 9,2 und 5,6 bzw. mit 7,3 Prozent in die Landtage einzog. Die Wählerschaft in diesen drei Wahlen zeigt Parallelen – sie war jung und überwiegend männlich. Unter männlichen Wählern bis 30 Jahren erhielt die NPD 2009 bei der Landtagswahl in Sachsen etwa 14 Prozent der Zweitstimmen, in Mecklenburg-Vorpommern 20,7 Prozent. Die Jungwählerkampagne, die die sächsische NPD im August 2009 startete – drei Wochen vor dem Wahltermin und zu Beginn des neuen Schuljahres –, entspricht dieser strategischen Ausrichtung. Im Rahmen der Kampagne wurde eine für den Wahlkampf erstellte CD mit rechtsextremistischen Liedern (Schulhof-CD) sowie ein Comic vor Schulen im Freistaat verteilt<sup>14</sup>.

---

<sup>13</sup> Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (\*) ausdrücklich hervorgehoben.

<sup>14</sup> vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: 31. August 2009 – Teilnahme der rechtsextremistischen NPD an der Landtagswahl am 30. August 2009 im Freistaat Sachsen, [www.verfassungsschutz.sachsen.de/961.htm](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/961.htm); Pfahl-Traugber, Armin: Wer wählt rechtsextremistisch? NPD-Wähler und Ursachen für den Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, [www.bpb.de/themen/ZMQY7O,0,Wer\\_w%E4hlt\\_rechtsextremistisch.html](http://www.bpb.de/themen/ZMQY7O,0,Wer_w%E4hlt_rechtsextremistisch.html)

## 4.2 Jugendauffine Werbung im NRW-Wahlkampf

Das Ziel, junge Wähler mit rechtsextremistischen Inhalten in jugendgerechter Verpackung anzusprechen, greift die NPD in Nordrhein-Westfalen auf und möchte auf diese Weise auch an den andernorts erzielten Erfolgen der Partei anknüpfen: „Wahlanalysen in anderen Bundesländern haben ganz eindeutig gezeigt, dass gerade junge Menschen ihr Vertrauen in unsere Partei setzen“, sagte der Vorsitzende des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, Claus Cremer, laut Pressemitteilung im März 2010 und sprach von einer „Schulhof-Offensive“, die die Partei an Rhein und Ruhr begonnen habe und weiter fortsetze<sup>15</sup>. Zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes schrieb die NPD nach eigenen Angaben 3.000 Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen an. Dieses Schreiben nehmen die folgenden Abschnitte näher in den Blick. Mit dem „Schulhof-Stick“ kündigte die nordrhein-westfälische NPD darüber hinaus Mitte April ein multimediales Mittel an, das in dieser Form in vorangegangenen Wahlkämpfen noch nicht zum Einsatz gekommen war. Demnach sollten 1.500 entsprechende USB-Sticks „vor ausgesuchten Schulen verteilt werden“<sup>16</sup>. Parallel stehen die Inhalte des „Schulhof-Sticks“ seither auf der Website der NPD zum Download zur Verfügung. Der Stick umfasst Fernsehspots der Partei, Plakate, Flugblätter, Musikstücke der „Schulhof-CDs“ und den NPD-Comic ‚Enten gegen Hühner‘. Außerdem kündigte die Partei an, in der heißen Wahlkampfphase 15.000 Exemplare der jüngsten „Schulhof-CD“ in Nordrhein-Westfalen zu verbreiten. Die CD trägt den Titel „Deutschland vs. BRD“, der dem schroff abgelehnten demokratischen Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland den Mythos „Deutschland“ gegenüberstellt. Der Natur eines Mythos entsprechend, bleibt dieses Gegenmodell unbestimmt. Im NPD-Kontext wird allerdings deutlich, dass „Deutschland“ von einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft (siehe unten) geprägt sein und die ehemaligen deutschen Ostgebiete umfassen muss. Strafrechtlich relevante Inhalte finden sich auf der CD nicht – einen Indizierungsantrag lehnte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn Anfang Februar 2010 ab. Tatsächlich sind keine nennenswerten Verteilaktionen des „Schulhof-Sticks“ oder der „Schulhof-CD“ im Landtagswahlkampf bekannt geworden. Ankündigungspolitik und Handlungsfähigkeit klaffen bei der nordrhein-westfälischen NPD insofern auseinander.

## 4.3 Der Brief an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen

### 4.3.1 Chronologie

Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag stand auch bei der Idee Pate, Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen einen Werbebrief der Partei zukommen zu lassen. Ende Januar 2010 hatte die Fraktion nach eigenen Angaben 618 Schülervertretungen von Mittelschulen, Gymnasien und Berufsschulen in Sachsen angeschrieben. Dem Brief lag ein Exemplar der vierseitigen Schrift „Durchblick. Die Zeitung für junge Leute“ der NPD-Fraktion<sup>17</sup> bei. Dem folgte die nordrhein-westfälische NPD Ende März mit einem Schreiben, das sie an „fast 3.000 Schülervertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen – von Haupt- und Realschulen über Einrichtungen in freier Trägerschaft bis zu Gymnasien und Berufsschulen“<sup>18</sup> gesandt habe. Dem Brief fügte sie ein

<sup>15</sup> zit. nach: NPD setzt Schulhof-Offensive fort, [npdnrw.vs120154.hl-users.com/NRW/?p=1084](http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/NRW/?p=1084)

<sup>16</sup> NPD verteilt im Jugendwahlkampf USB-Sticks, [www.npd.de/html/714/artikel/detail/1232](http://www.npd.de/html/714/artikel/detail/1232)

<sup>17</sup> vgl. NPD-Fraktion hat 618 Schülervertretungen angeschrieben, [www.npd.de/html/714/artikel/detail/1107/](http://www.npd.de/html/714/artikel/detail/1107/)

<sup>18</sup> vgl. NPD hat 3.000 Schülervertretungen in NRW angeschrieben, [www.npd.de/html/714/artikel/detail/1191/](http://www.npd.de/html/714/artikel/detail/1191/)

Flugblatt im CD-Format hinzu, das für einen Jugendwettbewerb unter dem Titel „WIR oder Scharia!“ wirbt. Das Schul- und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen informierten die Schulleitungen daraufhin in einer gemeinsamen Mail und einer Pressemitteilung, dass es untersagt sei, „Werbematerial politischer Parteien oder Einladungen zu parteipolitischen Veranstaltungen an das Lehrerkollegium, die Schülerinnen und Schüler oder die Eltern weiterzuleiten. Schule darf nicht als Postverteilstelle für parteipolitische Werbung genutzt werden.“<sup>19</sup> In Aufklärungsveranstaltungen greift der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den NPD-Brief seither regelmäßig auf, um über Agitationsstrategien dieser Partei zu informieren.

### 4.3.2 Aufbau und Optik des Briefes

Die NPD bezeichnet den Brief als „jugendgerecht gestaltete[n] Schülerpost“. Gemeint ist die Unterteilung des Schreibens in vier optische oder textliche Elemente:

- : rot unterlegte Kopf- und Fußzeilen mit dem Logo der NPD und ihrer Jugendorganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN) sowie dem Kampagnenschriftzug „WIR oder Scharia!“. Letzterer findet sich auch in der Adresse einer Website zur Kampagne wieder. Der Slogan baut einen scharfen Kontrast auf zwischen einer (nicht muslimischen) Eigengruppe, die angesprochen wird, und einer Fremdgruppe der Musliminnen und Muslime, die mit dem Begriff Scharia identifiziert wird. Vermutlich setzt die Parole darauf, dass der Begriff Scharia Klischeevorstellungen auslöst, mit denen er im öffentlichen Diskurs nicht selten verbunden ist, dass der Begriff möglicherweise Bilder archaischer Rituale oder sogenannter „Ehrenmorde“ im Kopf der Leserinnen und Leser entstehen lässt<sup>20</sup>. Insofern spitzt der Slogan die islamfeindliche Stoßrichtung des Schreibens zu: Demnach kann es eine legitime Präsenz des Islam in Deutschland nicht geben, sondern nur ein Entweder-Oder.
- : ein Anschreiben, das vom Bundesvorsitzenden der JN, Michael Schäfer, unterzeichnet ist. Es endet mit einem Postskriptum, das auf den Jugendwettbewerb „WIR oder Scharia!“ hinweist. Die NPD kündigt ein Preisgeld von insgesamt 1.200 Euro an. Näheres zum Wettbewerb ist dem beigelegten Flugblatt zu entnehmen. Demnach prämiiert die NPD Ideen, die dazu beitragen, das „Problem der zunehmenden Islamisierung [...] in Volk und Gesellschaft zu tragen. [...] Mitmachen kann jeder. Es ist auch egal, ob Ihr einen Film dreht, eine gute Aktion startet, ein T-Hemd gestaltet, ein Lied singt, ein Gedicht schreibt, eine Grafik entwerft oder sonst etwas tut.“<sup>21</sup>
- : ein schräg gesetztes Foto, das den JN-Vorsitzenden in legerer Pose zeigt und von einigen kurzen Angaben zur Person ergänzt wird (zum Beispiel: „27 Jahre jung“, „Chef der ‚Jungen Nationaldemokraten‘“, „studiert Politikwissenschaft“<sup>22</sup>).

---

<sup>19</sup> Ministerin Sommer und Minister Wolf: „Schulen treten entschlossenen extremistischen Parolen entgegen – NPD-Brief gehört in den Mülleimer“, [www.im.nrw.de/pm/260310\\_1786.html](http://www.im.nrw.de/pm/260310_1786.html)

<sup>20</sup> Der Begriff Scharia steht für das islamische Recht, die Lehren vom Gottesbegriff und den religiösen Handlungen. Die Scharia ist kein Gesetzbuch, vielmehr leiten islamische Gelehrte aus ihr Regelungen für ein islamkonformes Leben ab. Diese Auslegungen können stark variieren. Bestimmte Auslegungen der Scharia sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und verstoßen insbesondere gegen die Unantastbarkeit der Menschenwürde – für andere Interpretationen gilt dies nicht.

<sup>21</sup> Flugblatt Wettbewerb, [www.wir-oder-scharia.de/wp-content/uploads/2010/03/fb\\_2010\\_02\\_12\\_wir-oder-sharia-6.pdf](http://www.wir-oder-scharia.de/wp-content/uploads/2010/03/fb_2010_02_12_wir-oder-sharia-6.pdf)

<sup>22</sup> Diese und die folgenden Zitate in: Schreiben an Schülervertretungen, [npdhrw.vs120154.hl-users.com/NRW/wp-content/uploads/2010/03/schueleranschreiben.pdf](http://npdhrw.vs120154.hl-users.com/NRW/wp-content/uploads/2010/03/schueleranschreiben.pdf)

: ein Grußwort des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer oben rechts mit schräg gesetztem Passfoto.

### 4.3.3 Diskursstrategien

Der Text will einen jugendlich-provokanten Ton treffen. Dazu trägt bei, dass sich der Autor pauschal und in aller Entschiedenheit von den demokratischen Parteien abgrenzt. Vorwürfe, die er gegen diese Parteien erhebt, lassen die NPD im Rückschluss als attraktive Alternative erscheinen. Ohne Konkretisierung spricht der Brief von „korrupten Versager[n] der Bonzenparteien“, die sich „jahrelang bedient haben, während Schulen, Kitas, Bibliotheken, Jugendclubs und Unis leer ausgingen“. An anderer Stelle ist von den „Spießern der Altparteien“ die Rede. Die NPD stellt den Konterpart zu „Bonzen“, „Spießern“ und „Altparteien“ dar – implizit umgibt sie sich mit Eigenschaften wie modern, dynamisch, unangepasst und volksnah. Ähnliches gilt für die Darstellung der politischen Entwicklungen: „[D]ie Schwachen bleiben auf der Strecke. Außerdem sorgen die Vertreter der Altparteien dafür, dass sich unsere Freiheit täglich Stück für Stück verabschiedet und der Staat uns immer mehr unserer Bürgerrechte nimmt.“ Im Einzelnen werden diese Behauptungen nicht erläutert oder begründet. Spiegelbildlich stellt sich die NPD als Sachwalterin der einfachen Leute dar, als Hüterin von Freiheit und Bürgerrechten gegen das Establishment. Eine in rechtsextremistischen Kreisen beliebte Diskursstrategie, um eigene Botschaften gegen Kritik zu immunisieren, ist die Behauptung, entsprechende Gruppen und Positionen würden durch eine geradezu diktatorische Geisteshaltung in Politik und Gesellschaft diskriminiert. In diesem Sinne ruft der JN-Vorsitzende in dem Brief bereits vorsorglich dazu auf, „nicht auf das Gezeter von ‚political correctness‘ rein[zu]fallen“.

Thematisch knüpft der Brief an der islamfeindlichen Kampagne an, die die NPD in jüngster Zeit intensiv betreibt und die seit geraumer Zeit den Agitationskern der vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachteten ‚Bürgerbewegung pro NRW‘ darstellt. Ziel der Kampagne ist es offensichtlich, in der Öffentlichkeit vorhandene diffuse Ressentiments gegenüber dem Islam zu instrumentalisieren und zu verstärken. Kernthema des Textes ist eine angebliche „Islamisierung unserer Schulen, unserer Gesellschaft und unseres Landes“. Auf Bezirke bezogen, in denen viele Musliminnen und Muslime leben, zeichnet der Brief ein realitätsfernes Schreckensszenario, das er als Alltagserfahrung von Jugendlichen darstellt: „Habt Ihr auch gemerkt, dass es in NRW ganze Stadtteile gibt, die man als Deutscher gar nicht mehr betreten darf? Selbst die Polizei traut sich nur noch Zugweise und schwer bewaffnet in bestimmte Gegenden.“ Auch an anderer Stelle setzt der NPD-Brief auf die Zustimmungsfähigkeit seiner Aussagen in Teilen der Leserschaft: Dies gilt für die negative Darstellung der Europäischen Union, des Bankenrettungspakets und der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Reizworte, wie Rasse oder Volksgemeinschaft, die die meisten Leserinnen und Leser spontan als rechtsextremistischen Jargon erkennen und ihnen mit Distanz begegnen würden, kommen in dem Text nicht vor. Auch der Nationalsozialismus wird nicht angesprochen.

### Zum Begriff der „deutschen Identität“

Ein Schlüsselbegriff des Briefes ist der der „deutschen Identität“. An exponierter Stelle heißt es: „Der Erhalt der deutschen Identität muß Leitziel und Bestandteil landespolitischen Wirkens sein. [...] Hilf mit und arbeite auch Du für ein deutsches Deutschland.“ Der Begriff erinnert an den Begriff der „nationalen Identität“, der zu den zentralen Kategorien der intellektuellen Neuen Rechten zählt. Beide Begriffe sind ambivalent und eröffnen ein breites Interpretationsspektrum – gerade wegen ihrer Uneindeutigkeit sind sie als Umkleidung einer demokratiefeindlichen Sub-

stanz geeignet. Grundsätzlich ist ein Verständnis im demokratischen Sinne ohne Weiteres möglich: Eine deutsche oder nationale Identität, die auf das Grundgesetz, die dort verankerten universellen Menschenrechte und dessen Verständnis des Deutschen abstellt, ist unabhängig von Religionszugehörigkeit, Kultur, Hautfarbe und steht selbstverständlich in keinerlei Widerspruch zu den Grundlagen der Demokratie. Im Kontext der NPD ist der Begriff der „deutschen Identität“ rassistisch aufgeladen. Das NPD-Papier „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“ statet Vertreter der Partei mit gemeinsamen Sprachregelungen zu neuralgischen Fragen aus und erläutert unter der Überschrift „Wer ist denn für die NPD ein Deutscher?“: „In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert [...]. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“<sup>23</sup> Nicht ein ziviles Nationsverständnis bildet hier die Grundlage des Deutscheins, vielmehr sind es Ausgrenzungsmymen: explizit der Mythos der Rasse – der ausdrücklich an Erbanlagen geknüpft ist –, implizit der eines deutschen Blutes.

Ein zweites Beispiel: der Spielplan, den die Partei zur Fußballweltmeisterschaft 2006 herausgegeben hat. Dieser „WM-Planer“ ist in drei Ausgaben erschienen. In der ersten Ausgabe fordert die Partei eine „weiße“ Nationalmannschaft. Das Titelbild zeigt den Schriftzug „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft“. Im Hintergrund ist – nicht vollständig erkennbar – ein Spieler im Nationalmannschaftstrikot mit der Nummer 25 zu sehen: seinerzeit die Spielernummer des schwarzen Fußballnationalspielers Patrick Owomoyela. Der NPD-Vorsitzende und zwei weitere Parteifunktionäre wurden anschließend wegen Volksverhetzung verurteilt. Deutsche Nationalität ist hier ausdrücklich an eine bestimmte Hautfarbe gekoppelt, die als Inbegriff einer „rassischen“ Zugehörigkeit verstanden wird. In den beiden folgenden Ausgaben dieses WM-Planers wurde das Titelbild ausgetauscht. Die neuen – nicht mehr strafrechtlich relevanten – Bilder setzten Codes an die Stelle nachweislicher Aussagen. Die Codes auf diesen Titelbildern dürften für die Zahlen 88 und 14 stehen<sup>24</sup>, die in der rechtsextremistischen Szene üblicherweise den strafbaren Gruß „Heil Hitler“ umschreiben bzw. eine englischsprachige rassistische Losung mit 14 Wörtern.

#### 4.3.4 Wahrheitsgehalt der Aussagen

Der Brief an die Schülervertretungen ist mit verbalen Attacken insbesondere auf „Politiker“ gespickt – diese Aussagen bleiben weitgehend unbestimmt und entziehen sich so der Überprüfung. Ein Satz, der vergleichsweise konkrete Vorwürfe erhebt, kann exemplarisch herausgegriffen werden, um den Wahrheitsgehalt zu bemessen. Darin wird zunächst – typisch für den Duktus des Schreibens – eine „schleichende Islamisierung unseres Landes“ beklagt, weiter heißt es: „Andererseits sitzen unsere Spitzenpolitiker mit den Köpfen des Islamismus in Deutschland an einem Tisch, stopfen ihnen Milliarden in den Rachen und bauen eine Großmoschee nach der anderen.“ Das Zitat wirft zunächst die Frage auf, wie der Begriff des Islamismus hier gebraucht

---

<sup>23</sup> NPD (Hrsg.): *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger*, 2. Aufl., Berlin 2006, dokumentiert in: [www.redok.de/images/stories/dokumente/npd-argumente.pdf](http://www.redok.de/images/stories/dokumente/npd-argumente.pdf)

<sup>24</sup> Auf dem Titelbild der zweiten Ausgabe ist die Zahl 77 zu sehen und elf Figuren, die eine Fußballmannschaft darstellen sollen. Die dritte Ausgabe zeigt zwei Trikots: eines mit der Spielernummer 64 (acht mal acht), eines mit 59 (Quersumme: 14). Die von dem amerikanischen Rechtsterroristen David Lane geprägten „14 words“ lauten: „We must secure the existence of our people and a future for white children“ (Wir müssen die Existenz unseres Volkes sichern und eine Zukunft für weiße Kinder).

wird. Islamismus ist eine demokratiefeindliche Ideologie, die den Islam instrumentalisiert, um politische Ziele zu verfolgen. Insofern lehnt der Islamismus die Demokratie im westlichen Sinne ab und steht im deutlichen Widerspruch zum demokratischen Verfassungsstaat. Von den etwa eine Million Musliminnen und Muslimen in Nordrhein-Westfalen ist eine kleine Minderheit – weniger als ein Prozent – islamistischen Gruppen zuzurechnen, davon gehört wiederum eine Minderheit gewaltbereiten islamistischen Gruppen an. Eine Differenzierung zwischen der Mehrheit der Musliminnen und Muslime, deren Glaube durchaus mit der Demokratie vereinbar ist, und der Minderheit demokratiefeindlicher Islamisten nimmt der Text nicht vor. Auf diese Weise zeichnet er das Zerrbild eines generell aggressiven und beängstigenden „Islam“. Der zitierte Satz suggeriert, deutsche Spitzenpolitiker machten mit Islamisten gemeinsame Sache und ließen ihnen großzügige finanzielle Unterstützung zukommen. In dieser Form ist die Aussage absurd. Tatsächlich finden selbstverständlich Gespräche mit Musliminnen und Muslimen statt, um eine bessere Integration voranzubringen<sup>25</sup>. Auch die Darstellung, die deutsche Politik finanziere regelmäßig Moscheebauten, ist zumindest für Nordrhein-Westfalen faktisch falsch. Die Finanzierung tragen die jeweiligen Moscheevereine. In Nordrhein-Westfalen hat das Land in einem Fall im Rahmen eines Moscheebaus Gelder zur Verfügung gestellt: Der Bau der Begegnungsstätte, die in der Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh eingerichtet wurde und von einem eigenständigen Verein getragen wird, wurde durch das Land unterstützt. Die Kombination der Moschee mit einer interreligiösen und interkulturellen Begegnungsstätte ist weltweit einzigartig und trägt dazu bei, den Dialog der ethnischen und religiösen Gemeinschaften zu fördern.

#### 4.4 Fazit

Der Brief der NPD an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen ist in mehreren Hinsichten typisch für die strategische Ausrichtung der Partei. Er steht für ihre Jugendorientierung, das Bemühen, mit breitenwirksamen Aussagen Akzeptanz zu finden, und für verbale Tarnstrategien. Das Schreiben wendet sich an Jugendliche und an junge Erwachsene, die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an ihren Schulen sind und zum Teil auch als Erstwählerinnen und -wähler an der Landtagswahl teilnehmen können. Getragen von einem möglichst schülernahen Stil, stehen Aussagen im Vordergrund, die an ablehnende Stimmungen appellieren: insbesondere an Ressentiments gegen „Politiker“ und gegen „den Islam“. Den Feindbildern steht ein „Wir“-Gefühl gegenüber, das Musliminnen und Muslime ausschließt und mit dem Begriff der „deutschen Identität“ verbunden ist. Die rassistische Unterfütterung des Begriffs, den die NPD an anderer Stelle deutlich zu erkennen gibt, lässt der Brief allenfalls erahnen. Wohlweislich vermeidet er Begriffe wie Rasse oder Volksgemeinschaft.

Klischeebehafteten, feindseligen Aussagen entgegenzutreten, ihnen mit Wachsamkeit in Staat und Zivilgesellschaft und mit differenzierter Aufklärung zu begegnen sind zentrale Schritte zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Prävention des Rechtsextremismus – in besonderem Maße gilt dies zurzeit für die ausgrenzende und die Menschenwürde in Frage stellende Propaganda gegen Musliminnen und Muslime in Deutschland. Islamfeindliche Parolen sind der

---

<sup>25</sup> Es ist denkbar, dass der Satz in sachlich verzerrender Weise auf die ‚Deutsche Islam Konferenz‘ anspielt. Sie versteht sich als „langfristig angelegte[r] Dialog zwischen staatlichen und muslimischen Vertretern“ mit dem Ziel, „das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern“ ([deutsche-islam-konferenz.de](http://deutsche-islam-konferenz.de)). Islamistische Organisationen waren und sind dort nicht unmittelbar eingebunden. In der Vergangenheit nahm der ‚Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.‘ (IRD) an der Konferenz teil. Die ‚Deutsche Islam Konferenz‘ wies am 18. Mai 2010 darauf hin, dass die Mitgliedschaft des IRD „[a]ufgrund der laufenden Ermittlungsverfahren gegen führende Mitglieder der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş\* (IGMG), der größten Mitgliedsorganisation des IRD, [...] bis auf Weiteres suspendiert“ worden sei. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet die IGMG wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht einer islamistischen Bestrebung.

Kern einer Kampagne, die die NPD in den vergangenen Monaten und die ‚pro\*‘-Gruppen seit geraumer Zeit auf ihre Fahnen und Plakate geschrieben haben. Mit dieser Kampagne beschäftigt sich auch eine Fachtagung, die die DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen am 23. November 2010 gemeinsam in Duisburg veranstalten.



# 5 Soziale Netzwerke als Medium extremistischer Propaganda

Die Präsenz im Internet ist ein zentraler Baustein der Medienpalette von Extremisten aller Phänomenbereiche. Mit dem zusammenfassenden Begriff Web 2.0 werden technische Anwendungsmöglichkeiten im Internet bezeichnet, welche eine aktive und gestaltende Teilnahme am Internet ermöglichen. Hierzu gehören unter anderem sogenannte Weblogs<sup>26</sup>, Video-Portale<sup>27</sup> und social networks („soziale Netzwerke“)<sup>28</sup>. Charakteristisch für Web 2.0-Dienste ist die interaktive Einbeziehung der Internetnutzer. Waren eine inhaltliche Beteiligung und Vernetzung der Nutzer untereinander in den Anfangszeiten des Internet nur eingeschränkt vorgesehen, so lebt Web 2.0 mehr denn je von der aktiven Teilnahme seiner Nutzer. Internetfähige Mobiltelefone ermöglichen zudem den Zugriff auf Web 2.0-Dienste von unterwegs, was deren dynamische Entwicklung weiter erhöht hat.

Online-Netzwerke und interaktive Plattformen erfreuen sich großer Beliebtheit vieler Millionen Internetnutzer. Einen erheblichen Anteil hiervon machen Jugendliche und Heranwachsende aus. Extremisten sehen hier die Chance, in einer unverfänglichen Umgebung für ihre Ziele zu werben und mit potenziellen Interessenten, insbesondere Jugendlichen, in Kontakt zu treten. Nach einem Bericht von jugendschutz.net<sup>29</sup> entstehen in solchen Netzwerken „abgeschottete Parallelwelten, in denen Gleichgesinnte ungehindert gegen Minderheiten hetzen, demokratiefeindliche Thesen verbreiten und gemeinsame Aktionen planen“.

Die Betreiber sozialer Netzwerke und Videoplattformen reagieren unterschiedlich auf erkannte extremistische Agitation innerhalb ihrer Dienste. Während Anbieter aus Deutschland in ihren Nutzungsbedingungen regelmäßig extremistische und diskriminierende Inhalte explizit verbieten und sich die Löschung der jeweiligen Nutzerprofile bei Verstößen vorbehalten, lassen ausländische Dienste häufig auch nach deutschem Recht strafbare Aussagen innerhalb ihres Angebots zu.



## Unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten von Web 2.0-Diensten

Unter den Internetpräsenzen extremistischer Gruppierungen haben insbesondere Blogs erheblich an Bedeutung gewonnen, da sie eine besonders schnelle und einfache Publikation von Informationen ermöglichen. Vor allem die Möglichkeit, zielgerichtete Informationen in Einzelbeiträgen weitgehend anonymisiert und ohne besonderen Aufwand erstellen zu können, macht Blogs für viele Gruppierungen interessant.

<sup>26</sup> Weblog (Abk.: Blog): auf Webseiten geführte und öffentlich einsehbare Tagebücher, die herkömmliche statische Webseiten vermehrt ablösen.

<sup>27</sup> Zu den bekanntesten Video-Portalen gehören YouTube, MyVideo, Vimeo.

<sup>28</sup> Zu den wichtigsten Social-Networking-Diensten zählen Facebook, StudiVZ, MeinVZ und MySpace.

<sup>29</sup> jugendschutz.net: Zentralstelle der Länder für Jugendschutz im Internet, Mainz

Aufgrund ihrer großen Breitenwirkung und einfachen Benutzung sind Videoplattformen auch bei Extremisten ein sehr beliebtes Medium zur Verbreitung von Videobotschaften. Die inhaltliche Bandbreite wie auch die Produktionsqualität der in diesem Zusammenhang veröffentlichten Videos sind sehr unterschiedlich. Auch im Rahmen der Mobilisierung zu Demonstrationen sowie deren Nachbetrachtung spielen Videoplattformen eine große Rolle. Aufrufe zur Demonstrations-Teilnahme werden von den Organisatoren und Sympathisanten regelmäßig sowohl auf einschlägigen Szene-Seiten als auch bei bekannten Videoportalen veröffentlicht. Während der jeweiligen Demonstrationen und Gegenaktivitäten aufgenommene Handy-Videos können regelmäßig zeitnah nach den Ereignissen im Internet abgerufen werden.



Soziale Netzwerke ermöglichen weltweit eine einfache Erweiterung und Vernetzung des Bekanntenkreises. Über Freundes- und Vorschlagslisten der Netzwerkbetreiber können so Kontakte auch zu bisher nicht bekannten Personen mit gleicher Interessenlage aufgebaut werden. Neben Einzelpersonen sind auch Parteien, Organisationen und sonstige Institutionen der verschiedenen extremistischen Phänomenbereiche in sozialen Netzwerken vertreten.



Über den Kurznachrichtendienst Twitter<sup>30</sup> benachrichtigen Extremisten interessierte Anhänger über neue Inhalte auf der eigenen Homepage, nutzen ihn aber auch zur Mobilisierung und Steuerung von Demonstrationsteilnehmern. Die in den letzten Jahren erheblich gestiegene Verbreitung internetfähiger Mobiltelefone hat dazu geführt, dass Nachrichten direkt vor Ort aktualisiert und empfangen werden können und somit auch kurzfristige Strategiewechsel gegenüber dem politischen Gegner oder der Polizei ohne Zeitverzug einen breiten Empfängerkreis erreichen.

## Rechtsextremismus im Internet

Neben der Nutzung von Twitter und sozialen Netzwerken im Internet spielt der über ausländische Server betriebene Weblogging-Dienst ‚Logr.org‘ eine zentrale Rolle für Rechtsextremisten. Dieser wird vielfach von Neonazi-Gruppierungen zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda genutzt. Mutmaßlicher Betreiber von ‚Logr.org‘ ist eine in der Szene bundesweit bekannte Führungsperson der ‚Autonomen Nationalisten‘ (AN), die gleichzeitig einen Neonazi-/AN-Propaganda-Vertrieb betreibt.

<sup>30</sup> Twitter: „Mikroblogging“-Dienst, über den Kurznachrichten kostenlos publiziert werden können.



Besonders YouTube wird von Jihadisten wie Islamisten jedweder Couleur intensiv zur Verbreitung von Filmmaterial genutzt.

Für Nachschub an jihadistischer Propaganda in Schrift, Bild und Ton sorgen sogenannte Al-Qaida nahe Medienproduktionsstellen, aber auch kleinere lokale Medienfirmen. Innerhalb jihadistischer Foren gibt es darüber hinaus Medienteams, die Diskussionen anstoßen, mit propagandistischem Material befeuern und auch gezielt lenken. Im Zuge der Bundestagswahl 2009 stand Deutschland aufgrund seines ISAF-Einsatzes in Afghanistan wochenlang im Fokus einer jihadistischen Internetkampagne, in deren Zentrum konkrete Anschlagsdrohungen sowie Spekulationen über bevorstehende Terrorangriffe auf deutschem Boden standen.

### **Zusammenarbeit mit jugendschutz.net**

Seit das Web 2.0 entstanden ist, weist die Zentralstelle der Länder für Jugendschutz im Internet darauf hin, dass entsprechende Angebote insbesondere für Rechtsextremisten eine immer größere Rolle spielten. Das nordrhein-westfälische Innenministerium arbeitet seit acht Jahren bei Aufklärungsaktivitäten eng mit jugendschutz.net zusammen; insofern ist die Sensibilisierung für rechtsextremistische Inhalte im Web 2.0 stets auch ein zentrales Element gemeinsamer Informationsprogramme.<sup>32</sup> Die Zentralstelle sichtete in den vergangenen Jahren mehr als 7.000 neonazistische Filme und Profile von Einzelpersonen und Gruppen in Videoplattformen und sozialen Netzwerken. Dabei traten mehr als 2.000 Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen zu Tage.

So dokumentierte jugendschutz.net 2009 in sozialen Netzwerken 93 neonazistische Communities (2008: 37) mit zum Teil mehreren Hundert Usern aus dem gesamten Bundesgebiet, in denen auch Musik mit rechtsextremistischen Inhalten, Bilder und Schriften getauscht würden. Materialien würden auf diesem Wege zum Teil sehr schnell verbreitet, wie jugendschutz.net für das Jahr 2009 an zwei Beispielen zeigt: Demnach war eine neue CD der rechtsextremistischen Band ‚Zillertaler Türkenjäger‘ im Juni über Videoplattformen und soziale Netzwerke abrufbar. Im August stand die fünfte Auflage der Schulhof-CD der NPD noch vor der offiziellen Verbreitung über die Website der Partei auf deren Twitter-Profil zum Download bereit.

---

<sup>32</sup> Das Internetportal „Hass im Netz“, das jugendschutz.net im Juni 2010 gestartet hat, bietet eine Fülle von Materialien über rechtsextremistische Inhalte im Internet, darunter die Berichte der Zentralstelle seit 2003. Dort – wie unter [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net) – steht auch ein Online-Formular zur Verfügung, über das Internetnutzerinnen und -nutzer rechtsextremistische Inhalte im Netz melden können.

## 6 Salafismus – von einer religiösen Strömung zur politischen Ideologie<sup>33</sup>

Die im August 2010 bekannt gewordenen Umzugspläne der sogenannten „Islamschule“ eines salafistischen<sup>34</sup> Predigers von Braunschweig nach Mönchengladbach haben eine umfangreiche Diskussion über die Ideologie des Salafismus und über deren Anhänger ausgelöst. Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht das Verhältnis dieser islamisch-fundamentalistischen Strömung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und zur möglichen Anwendung von Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Ziele.

Die Diskussion ist durch zwei Positionen geprägt, die sich diametral gegenüber stehen: Einerseits wird betont, der Salafismus sei der (unpolitische) Versuch, die islamische Lebensweise durch Rückbesinnung auf die muslimischen „Gründerväter“ von falschen Einflüssen zu reinigen. Andererseits wird Salafismus unmittelbar als Nährboden des islamistischen Terrorismus angesehen. Tatsächlich spannt sich der Bogen der im Salafismus zu findenden Vorstellungen über beide Pole. Dieser Aufsatz will eine angemessene Einordnung des Salafismus aus Sicht des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen bieten und damit nicht zuletzt Orientierung in der aufgeregten Debatte. Es geht dabei nicht um die Islamschule in Mönchengladbach oder die zugehörigen Vereinsstrukturen, sondern um den Salafismus als Strömung, um dessen Ursprünge und die Aktivitäten für die Missionierungsarbeit.

### 6.1 Was ist Salafismus?

Der Salafismus ist seiner Konzeption nach eine religiös-fundamentalistische Strömung des Islams. Die grundlegenden Quellen des Islams – der Koran und die Überlieferungen des Propheten Muhammad (die Sunna) – sind seine unveränderbaren Grundfesten. Anpassungen der Islamauslegung an veränderte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten werden durch Salafisten als „unislamische Neuerungen“ (arab. *bid'a*) kategorisch abgelehnt und führen – so die Vorstellung – zwangsläufig zum „Unglauben“. Der salafistische Islam an sich ist zwar fundamentalistisch, jedoch nicht extremistisch im Sinne einer Ideologie.

Die ideologische und damit politische Komponente bekam der Salafismus erst in seiner Ausprägung als islamische Reformbewegung Ende des 19. Jahrhunderts und seiner weiteren Entwicklung<sup>35</sup>. Als der europäische Kolonialismus im 19. Jahrhundert auch die islamische Welt erfasste, wurde schnell deutlich, dass „der Westen“ „dem Orient“ in fast allen technologischen, militärischen, wirtschaftlichen und damit auch politischen Belangen überlegen war. Die damaligen politischen Eliten in islamischen Staaten näherten sich durch Einführung moderner Verwal-

---

<sup>33</sup> Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (\*) ausdrücklich hervorgehoben.

<sup>34</sup> Der Begriff „Salafismus“, im Arabischen *salafiya*, bezeichnet eine Strömung im Islam, die sich an den ersten drei Generationen der Muslime orientiert, die als die „rechtschaffenen Altvordenen“ (arab. *al-salaf al-salih*) bezeichnet werden. Diese drei Generationen lebten nach dem Tod des Religionsbegründers und Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert n. Chr. auf der arabischen Halbinsel und den damals eroberten Gebieten. Der islamischen Geschichtsschreibung zufolge kannten diese „Altvordenen“ entweder Muhammad persönlich oder standen mit dessen Anhängern in direktem Kontakt.

<sup>35</sup> siehe hierzu auch Abschnitt 6.5

tungen, Heeresreformen und staatlich gesteuerten Industrialisierungsprogrammen dem westlichen Staatenmodell an und sicherten so nicht zuletzt ihren politischen Fortbestand.

Der Ansatz der Salafisten im ausgehenden 19. Jahrhundert war dagegen ein anderer: Statt den Westen zu kopieren – und damit letztlich dessen Übermacht einzugestehen – sollten die „islamischen Werte“ wiederbelebt werden. Der Zustand der Urgemeinde von Medina – wie sie zu Zeiten des Propheten Muhammad in der Vorstellung der Salafisten bestanden haben soll – sollte dabei richtungweisend für die modernen Muslime sein. Spaltung und Niedergang der islamischen Welt, den die islamische Gemeinschaft (arab. *umma*) seither erlebt habe, seien nur durch die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und Glaubensfundamente – vor allem im gesellschaftlichen Sinne – zu überwinden.

Der Salafismus, den wir heute in Deutschland vorfinden, ist eine islamistische Ideologie, die sich an dem Vorbild der muslimischen Gründerväter orientiert und eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft erschaffen will. Das Spektrum reicht hierbei von apolitischen Salafisten bis hin zu solchen, die die Anwendung von Gewalt zur Erreichung dieses Zieles befürworten. Soweit die fundamentalistische Islamauslegung des Salafismus nur als religiöse Praxis ohne politische und gesellschaftliche Konsequenzen verstanden wird, gehört das Phänomen nicht in das Beobachtungsspektrum des Verfassungsschutzes. Wenn salafistische Prediger und ihre Netzwerke jedoch die Ausdehnung des von ihnen propagierten Gesellschafts- und Staatsmodells auf alle Staaten anstreben, geraten sie in einen Gegensatz zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Sichtbar wird dieses Bestreben vor allem in Verlautbarungen und Schriften von Salafisten, die gerade nicht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Öffentlich vermitteln die meisten salafistischen Propagandisten eher einen gemäßigten und verfassungstreuen Eindruck, der über ihr tatsächliches Anliegen hinwegtäuschen kann.

## 6.2 Salafismus im Alltag

Allen Salafisten gemein ist, dass sie sich als die einzig wahre Gemeinschaft der Gläubigen verstehen, da nur sie den Islam so leben, wie es Gott vorgeschrieben habe. Sie legen gesteigerten Wert auf die korrekte religiöse Praxis entsprechend dem Vorbild des Propheten Muhammad. Dieser Reinheitsanspruch sorgt häufig für einen erheblichen Dissens mit anderen Muslimen. Salafisten sind nicht nur davon überzeugt, als einzige den „wahren Islam“ zu leben, sondern werfen anderen Muslimen sogar vor, einen vollkommen falschen Islam zu praktizieren, mithin gar keine „richtigen“ Muslime zu sein. Geringste Unterschiede in der Glaubenspraxis, die für Außenstehende zumeist unerheblich bis gar nicht erkennbar sind, stellen für einen überzeugten Salafisten bereits einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Glauben dar – und damit gegen die unveränderbaren und ewigen Gesetze Gottes.

Auch soziale Aspekte, wie die strikte Einhaltung der Geschlechtertrennung und die deutliche Abgrenzung von einer nicht-salafistischen Umwelt, sind als gelebter Ausdruck der salafistischen Ideologie zu verstehen. Basierend auf dieser Intoleranz entsteht ein dualistisches Weltbild, das nur noch aus Gläubigen und Ungläubigen (arab. *kuffar*) besteht. Zu diesen Ungläubigen zählen neben den „üblichen“ Atheisten, Juden und Christen dann auch alle nicht-salafistischen Muslime. Ein Umgang mit diesen ist zu begrenzen und wenn möglich ganz zu vermeiden.

Praktische Auswirkung kann ein gesellschaftlicher Ausstieg sein. Der vormalige Freundes- und Bekanntenkreis wird verlassen. Missionierte Personen versuchen zuerst, innerhalb der eigenen Familie weiter zu missionieren, um die Eltern und Geschwister vor dem vermeintlichen „Höllengehen“ im jenseitigen Leben zu bewahren. Ein Scheitern dieser Missionierungsabsicht kann bis zu einem kompletten Bruch mit der Familie führen. Eine Ersatzfamilie ist dann meist der neue,

salafistisch motivierte Kreis von Glaubensbrüdern – privat oder innerhalb einer Moscheegemeinde. Der endgültige gesellschaftliche Ausstieg gipfelt in Einzelfällen in einer „Ausreise“ (arab. *hijra*) in ein vermeintlich „wahres“ islamisches Land, in dem der Betroffene glaubt, sein religiöses Wissen vertiefen und seine Religion richtig ausleben zu können. Abschottung bzw. Ausreise sind allerdings nicht das Hauptziel salafistischer Bestrebungen in Deutschland – vielmehr ist es die Bekehrung der Muslime und Nicht-Muslime zum „wahren Glauben“.

### **Salafisten und Moscheegemeinden**

Salafisten nutzen verschiedene Foren und Medien, um ideologische Inhalte zu verbreiten. Daneben existieren jedoch mittlerweile auch salafistische Moscheegemeinden, die neben regulären Gottesdiensten am Freitag auch weitreichende soziale Angebote im salafistischen Sinne machen. Der Errichtung von Parallelgesellschaften – die oben beschriebene Abspaltung von einer nicht-salafistischen Umwelt – wird damit Vorschub geleistet.

Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass von den in Nordrhein-Westfalen derzeit bekannten Moscheegemeinden nur ca. 2-3 % als eindeutig salafistisch bezeichnet werden können. Einige Gemeinden, die nicht salafistisch ausgerichtet sind, bieten jedoch bekannten Predigern der salafistischen Szene ein Forum, um dort meist vor jungen Gemeindemitgliedern aufzutreten und diese im salafistischen Sinne zu missionieren. Über die Motivation dieser Gemeinden kann nur spekuliert werden.

### **Salafistische Bildungsarbeit**

In der Öffentlichkeit wahrgenommen wird hauptsächlich die Missionierungsarbeit von Salafisten, zu der die Veranstaltung von Islamseminaren bzw. -vorträgen sowie die Errichtung von „Infoständen“ etwa in Fußgängerzonen zählen.

Auf Vortragsveranstaltungen und in mehrtägigen Lehrgängen, sogenannten Islamseminaren, vermitteln bekannte Predigern salafistische Inhalte. Das Publikum soll zu einem „salafistischen“ Islamverständnis bekehrt werden. Der Besuch solcher Vorträge und Seminare kann ein erster Schritt sein, um in ein salafistisches Milieu abzudriften. Vordergründig geht es dabei nur um die Vermittlung religiöser Inhalte. Im Hintergrund stehen jedoch die Netzwerkbildung und die Indoktrinierung mit politischen Inhalten. In diesen Kontext fällt auch die „Islamschule“, deren Umzug nach Mönchengladbach derzeit öffentlichkeitswirksam statt findet.

Bei der Verbreitung salafistischer Propaganda spielt das Internet eine zentrale Rolle. Schriften, Videos und Audios salafistischer „Gelehrter“ werden in Chats, Foren und Videokanälen ausgetauscht. Gleichzeitig ist die Zahl deutschsprachiger Webseiten salafistischer Prägung, die zum Islam einladen, in den vergangenen Jahren stark angewachsen. Diese sogenannten „Dawa-Seiten“ (*da'wa* = „Einladung“ zum Islam, Missionierung) sind in der Regel von einem äußerst rigiden Islam-Verständnis geprägt.

Ein kleiner Teil davon rechtfertigt Gewalt im Namen der Religion. Solche Internetseiten richten sich in der Regel an junge Muslime und Konvertiten. Sie sind mehrsprachig, multimedial und grafisch aufwändig gestaltet. Dadurch wirken sie insbesondere auf Jugendliche sehr ansprechend.

Es sind längst nicht mehr nur Organisationen und Moscheegemeinden, die Islam-Seiten betreiben. Immer mehr Einzelpersonen richten in eigener Initiative Dawa-Seiten ein, die sie wiederum stark untereinander vernetzen. Auf diesen Seiten werden u. a. Predigten und Traktate auf Deutsch bzw. in deutscher Übersetzung bereitgestellt.

Die absolute Mehrheit der Internetauftritte ist dem „politischen Salafismus“ zuzuordnen. Das ideologische Grundkonzept des Salafismus scheint auf den meisten dieser Seiten mehr oder weniger deutlich durch. Für viele Jugendliche liegt die Attraktivität salafistischer Internet-Seiten darin, dass einfache Antworten auf alle Fragen des Lebens gegeben werden. Eigenständiges und kritisches Nachfragen ist weder erforderlich noch erwünscht. Anziehend ist diese Ideologie auch, weil sie Überlegenheitsgefühle weckt, indem andere Religionen abgewertet werden. Der Islam wird als höherwertige Religion dargestellt und so ein elitäres Bewusstsein geschaffen, das auf Andersdenkende verächtlich herabblickt. Unsicheren, ungefestigten Persönlichkeiten wird auf diese Weise eine Art von Sicherheit, Orientierung und persönlicher Aufwertung verschafft.

Auch wenn die meisten salafistischen Internetseiten keine unmittelbare Gewaltideologie verbreiten, so zeigen die Inhalte häufig eine Nähe zur Ideologie des „Takfir“ (arab.: jemanden zum „Ungläubigen“ erklären) und – in der ideologischen Fortführung – zur Jihad-Ideologie. Der Begriff „takfir“ ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis des eindeutig Gewalt befürwortenden, als „jihadistisch“ bezeichneten, Salafismus. Ein großer Teil der salafistischen Internetseiten hat somit durchaus das Potenzial, vor allem auf den beschriebenen Adressatenkreis radikalierend zu wirken.

### **Ausreisen in Krisengebiete**

In den letzten Jahren ist es immer wieder zu Fällen gekommen, in denen Personen nach Ideologisierung und Radikalisierung in einem salafistischen Milieu in eine gewaltbereite, jihadistische Szene abgedriftet sind. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung können Aufenthalte im Ausland sein – vordergründig mit dem Ziel, religiöses Wissen zu vertiefen und die arabische Sprache zu erlernen.

In einigen auch öffentlich bekannt gewordenen Einzelfällen – beispielsweise Bekkay Harrach – sind Personen mit einer solchen Motivation im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet festgestellt oder auf dem Weg dorthin festgenommen worden. Bei ihnen lässt sich die Absicht zur Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen „Ungläubige“ – von ihnen als „Jihad“ bezeichnet – zweifelsfrei nachweisen. Von diesen Personen geht insbesondere eine Gefahr für deutsche Soldaten und Wiederaufbauhelfer in Afghanistan aus. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass solche Personen nach einer Kampfausbildung in Lagern jihadistischer Gruppierungen für Anschläge auch in Deutschland zu Verfügung stehen könnten.

### **6.3 Salafismus und das Verhältnis zur Gewalt**

Bei der Beschreibung und Untersuchung salafistischer Strömungen unterscheiden die Sicherheitsbehörden in Deutschland zwischen dem „politischen“ und dem „jihadistischen“ Salafismus. Dabei wird der in der wissenschaftlichen Diskussion getrennt gewertete „puristische“ Salafismus mit dem „Mainstream“- Salafismus zusammengefasst betrachtet und vom „jihadistischen“ Salafismus unterschieden.



## **puristischer Salafismus**

Der puristische Salafismus ist einer allgemeinen Definition nach strikt Gewalt ablehnend und eher apolitisch sowie missionarisch ausgerichtet. Langfristiges Ziel ist zwar die Errichtung eines islamischen Staates. Dies soll jedoch durch eine langfristige und friedliche Umgestaltung der Gesellschaft geschehen. Ein gewaltsamer Umsturz – zumindest vor dem Erreichen einer gesellschaftlichen Mehrheit – wird abgelehnt. Vorhandene, dem eigenen Glauben widersprechende, politische und gesellschaftliche Strukturen werden hingenommen, um die eigene Missionsarbeit nicht zu gefährden.

## **„Mainstream“-Salafismus**

Der „Mainstream“-Salafismus ist eine missionarisch tätige, vordergründig Gewalt ablehnende, pseudo-integrative und durch Netzwerkstrukturen gekennzeichnete Strömung innerhalb des salafistischen Spektrums. Hierunter fallen die derzeit öffentlichkeitswirksamen und missionarisch besonders aktiven Netzwerke, die vermehrt auch in Nordrhein-Westfalen agieren.

Die *da'wa*, „Einladung zum Islam“, ist ein wesentliches Merkmal für den Mainstream-Salafismus. Hier liegt ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Anhänger dieser Strömung. Das langfristige Ziel, die Errichtung eines islamischen Staatsgebildes, wird mit anderen Salafisten, sowie Islamisten insgesamt, geteilt. Demokratische Prinzipien wie Wahlen und Volkssouveränität werden verbal angegriffen und mittels religiöser Argumente abgelehnt. Demokratische Systeme sollen durch einen „wahren islamischen Staat“ abgelöst werden.

Die Mainstream-Salafisten verstehen sich durchaus als Akteure, die die Gegenwart verändern wollen und dementsprechende Strukturen errichten. Eine Folge dieses Umgestaltungswillens ist, dass sie das Mittel des bewaffneten Jihad zur Erreichung ihrer Ziele – anders als puristische Salafisten – nicht grundsätzlich ablehnen. Ein direkter Aufruf zur Gewalt gegen „unislamische Herrscher“ (Regierungssysteme) erfolgt zwar in den seltensten Fällen, und zumeist nur dann, wenn in geschlossenen Foren vor wenig Zuhörern agitiert wird. Das Verhältnis der Mainstream-Salafisten zu den jihadistischen Salafisten ist jedoch grundsätzlich als ambivalent zu bezeichnen.

## **jihadistischer Salafismus**

Der jihadistische Salafismus ist offen Gewalt befürwortend. Prinzipiell vertreten jihadistische Salafisten dieselbe ideologische Grundeinstellung wie puristische und Mainstream-Salafisten. Allerdings lehnen sie den Einsatz von Gewalt als Mittel zur Verwirklichung ihrer ideologischen Ziele nicht ab, vielmehr fördern und leben sie ihn aus. Sie sind davon überzeugt, dass der Jihad im Sinne von bewaffnetem Kampf der einzig richtige Weg sei, um die muslimische Gemeinschaft gegen ihre „Feinde“ zu verteidigen und dem Islam zum Sieg über den „Unglauben“ zu verhelfen – und zwar hier und jetzt.

Ein Kennzeichen des jihadistischen Salafismus ist die konsequente Anwendung des takfir-Prinzips – der Exkommunizierung „Ungläubiger“ und Andersgläubiger. Hierdurch begründen jihadistische Salafisten Gewalt gegen Muslime, die mit vermeintlich „unislamischen Regimes“ zusammenarbeiten.

#### 6.4 Salafismus als verfassungsschutzrelevantes Phänomen

Neben dem ersichtlich extremistisch-terroristischen jihadistischen Salafismus ist auch der politische Salafismus eine Bestrebung, die in den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes fällt. Salafisten orientieren sich an einer vermeintlich idealen islamischen Frühzeit, die sie in der Gegenwart wiederbeleben möchten. Damit landen sie bei Vorstellungen, die selbst in der islamischen Welt mittlerweile weitgehend überwunden sind.

Grundpfeiler der salafistischen Ideologie sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar:

- : Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie, Ordnungs- **und** Herrschaftssystem und als unvereinbar mit der im Grundgesetz festgelegten parlamentarischen Demokratie. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott (göttliche Souveränität), nicht vom Volke gemacht werden. Daraus folgt die absolute Unvereinbarkeit von Salafismus und dem Demokratiemodell westlicher Prägung.
- : Salafisten behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von und strikte Ausrichtung des Lebens nach **Koran und Sunna** gelöst werden können. Dazu zählt die uneingeschränkte Anwendung der „Scharia“ (islamischen Gesetzgebung).
- : Sie betonen die rigide Trennung von Mann und Frau – nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Auch die gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt.
- : Sie grenzen die Frau zudem auf den heimischen Bereich ein; die Berufstätigkeit der Frau wird abgelehnt. Sie soll sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren.
- : Die salafistische Ideologie widerspricht in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie, führt zur Bildung von Parallelgesellschaften und erschwert so die Integration. Schließlich kann sich aus dieser extrem vereinfachenden Ideologie schleichend eine weitere Radikalisierung entwickeln, die in Terrorismus münden kann. Denn letztlich rechtfertigt der Salafismus Gewalt gegen „Ungläubige“ und auch gegen nicht-salafistische Muslime.
- : „Jihad“ (auch im Sinne der Ausübung von Gewalt) und „Martyrertum“ werden nicht grundsätzlich abgelehnt, spielen aber vor allem als „Selbstverteidigung der Muslime“ eine Rolle.

#### 6.5 Die Ursprünge des Salafismus

Entstanden ist der Salafismus als Ideologie Ende des 19. Jahrhunderts als sogenannte „Islamische Reformbewegung“ in Ägypten. Maßgeblich wurde diese Strömung von zwei Ideologen geprägt: Jamal al-Din al-Afghani (1837-1897) und Muhammad Abduh (1849-1905).

Die Entstehung dieser Reformbewegung ist vor dem Hintergrund des europäischen Kolonialismus zu sehen, der im 19. Jahrhundert begann, die islamische Welt zu „überrollen“. Damals wurde deutlich, dass „der Westen“ „dem Orient“ in fast allen technologischen, militärischen, wirtschaftlichen und damit auch politischen Belangen überlegen war.

Während durch die damaligen politischen Eliten der relativ erfolgreiche Weg gewählt wurde, das westliche Staatenmodell durch Einführung moderner Verwaltungen, Heeresreformen und staatlich gesteuerte Industrialisierungsprogramme zu kopieren, fanden Salafisten eine andere Antwort auf die als bedrohlich empfundene Situation. Ihrer Meinung nach sollten – statt den Westen zu kopieren – die „islamischen Werte“ wiederbelebt werden. Der Zustand der Urgemeinde von Medina zu Zeiten des Propheten Muhammad – wie sie in der Vorstellung der Salafisten bestanden haben soll – sollte dabei richtungweisend für die modernen Muslime sein. Spaltung und Niedergang der islamischen Welt, den die islamische Gemeinschaft (die umma) seither erlebt habe, seien nur durch die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und Glaubensfundamente – auch im gesellschaftlichen Sinne – zu überwinden.

Allerdings sahen die Salafisten trotzdem die Möglichkeit, die im Koran von Gott getroffenen Aussagen zu interpretieren. Mittels dieser Neuinterpretation verschafften sie sich die Möglichkeit, ihre – damals tatsächlich neuen – Ideen islamisch zu legitimieren und in einen historischen Kontext einzubetten. Die Neuinterpretation ließ es sogar zu, eine Vereinbarkeit von Islam und westlichen Errungenschaften im Bereich Technik und Naturwissenschaften zu begründen, denn schließlich seien diese bereits im Koran aufgezeigt worden. Der Umbau der Gesellschaft sollte durch eine Erziehung der Muslime und Basisarbeit „von unten“ geschehen.

## **Frühes 20. Jahrhundert: Die Muslimbruderschaft**

Mit der Gründung der ‚Muslimbruderschaft‘ 1928 in Ägypten wurde eine neue Plattform zur Verbreitung und Umsetzung der Reformgedanken der Salafiya-Bewegung geschaffen. Die ‚Muslimbruderschaft‘ war das erste organisierte salafistisch geprägte Vehikel, mit dem der Islam als staatliches Ordnungsmodell eingeführt werden sollte. Die ‚Muslimbruderschaft‘ forderte, dass der Islam die Einheit von Politik und Religion beinhalten müsse. Der Islam repräsentiere ein umfassendes System, das sich auf jeden Lebensbereich beziehe und Lösungen für alle Probleme, seien sie politischer, gesellschaftlicher oder ökonomischer Natur, anbiete. Dieser Ansatz wird auch treffend im Slogan der ‚Muslimbruderschaft‘ „Der Islam ist die Lösung!“ wiedergegeben.

## **Gespalten statt herrschend**

Die Geschichte der salafistischen Ideologie im zwanzigsten Jahrhundert ist vor allem die Geschichte von Abspaltungsbewegungen, an deren Ende nicht die Errichtung eines „wahren“ islamischen Staates stand, sondern Marginalisierung und Radikalisierung.

Die ‚Muslimbruderschaft‘ wurde in den 1960er Jahren mit der Frage konfrontiert, ob bei einem Fehlschlagen gesellschaftlicher Reformen durch friedliche Mittel auch Gewalt eingesetzt werden könne. Ihr führender Ideologe Qutb (1906-1966) legitimierte in seinem Pamphlet „Wegzeichen“ die Anwendung von Gewalt, indem er sich auf Koranverse stützte, und rief zu einem sofortigen revolutionären Handeln gegen die „unislamische“ Gesellschaft auf.

Die Gewaltfrage wurde durch die ‚Muslimbruderschaft‘ am Ende jedoch mit Nein beantwortet – eine Position, die die in Ägypten nach wie vor einflussreiche Bewegung bis heute offiziell vertritt. Andere Gruppierungen, die Gewalt als Instrument befürworteten, spalteten sich daraufhin ab. Daraus entstanden spätere terroristische Organisationen wie ‚al-Gama‘a al-Islamiya‘ („Die Islamische Gruppe“) und ‚al-Jihad al-Islami‘ („Der Islamische Jihad“). Höhepunkt dieser Phase in Ägypten war die Ermordung des Präsidenten Anwar al-Sadat im Jahr 1981. Eine ähnliche

Radikalisierung und Internationalisierung fand auch in anderen arabischen Ländern statt. Kulminationspunkt dieser Entwicklung war die Gründung der ‚Islamischen Weltfront zum Kampf gegen die Juden und Kreuzfahrer‘ durch Usama Bin Ladin im Jahr 1998 und der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001.

Parallel zur Ausprägung eines militanten Salafismus entwickelte sich das gemäßigte Spektrum weiter. Entscheidend war hier der Einfluss der arabischen Golfregion, die durch Einnahmen aus dem Erdölsektor weltweit islamische Projekte förderte und als Arbeitsmarkt für arabische Migranten zur Verfügung stand.

## 6.6 Das Verhältnis des Salafismus zum Wahhabismus

Wie der Salafismus betont auch der Wahhabismus die Notwendigkeit, sich zur Ausübung einer „wahren islamischen“ Lebensweise auf den Koran und die Sunna zu beziehen und zu beschränken. Wesentliche Unterschiede zwischen Salafismus und Wahhabismus lassen sich in der Ausübung des takfir und der Position als Staatsreligion<sup>36</sup> festmachen.

Während inhaltlich nach wie vor Unterschiede zwischen Salafismus und Wahhabismus bestehen, ist ein Ideentransfer zwischen beiden Strömungen vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchaus feststellbar. Viele Salafisten, die in ihren Heimatländern verfolgt wurden, fanden als Gastarbeiter in den erdölbereichen Golfstaaten Zuflucht. Sie waren dabei nicht nur in der Ölindustrie, sondern auch im Bildungssektor aktiv. Wichtige Vordenker der salafistischen Ideologie, wie Nasir Al-Din Al-Albani (gest. 1999) und Muhammad Ibn Al-Uthaimin (gest. 2001) lebten und wirkten zumindest zeitweise in Saudi-Arabien. Durch die Rückkehr von Gastarbeitern wurde die salafistische Idee verstärkt in die Heimatländer zurückgetragen und sorgt in der ganzen islamischen Welt bis heute für eine deutlich spürbare „religiöse Wende“, die in ihren Ausläufern auch Europa und damit Deutschland erfasst.

### Religiöse Ausprägung des Wahhabismus

Wie die zeitlich spätere Reformbewegung in Ägypten war auch Ibn Abd al-Wahhab der Auffassung, dass sich die Bewohner Zentralasiens von den ursprünglichen Glaubensinhalten ihrer Religion so weit entfernt hätten, dass sie kaum noch als Muslime zu bezeichnen wären. Die Praxis der Gräber- und Heiligenverehrung und der Sufismus, die von seiner strikten Islamauffassung abwichen, wurden von Ibn Abd al-Wahhab als unerlaubte Neuerungen betrachtet und abgelehnt. Sein Verständnis des Polytheismus (shirk) basierte auf einer besonders strengen Auslegung des Begriffes „Monotheismus“ (tauhid), die die vermeintliche Gleichstellung jedweder Sache oder Person mit Gott als Ketzerei betrachtete.

---

<sup>36</sup>Der Wahhabismus beruht auf den Lehren von Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703-1792). Daher die von außen angetragene Bezeichnung „Wahhabiten“, im Arabischen „wahhabiya“. Die Eigenbezeichnung lautet tatsächlich „muwahhidun“: diejenigen, die „Gott zu einem machen“, also den Monotheismus besonders streng auslegen. Im Jahr 1744 schloss Ibn Abd al-Wahhab ein Bündnis mit dem Stammesführer Muhammad Bin Saud, einem Vorfahren der heutigen saudischen Königsfamilie. Ibn Saud verpflichtete sich, Ibn Abd al-Wahhab zu unterstützen und dessen rigide Islamauslegung auch militärisch durchzusetzen. Im Gegenzug wurde Ibn Saud von Ibn Abd al-Wahhab als legitimer politischer Führer anerkannt. Religion und Politik gingen damit eine erfolgreiche Allianz ein, die mit Höhen und Tiefen bis heute die politische Landschaft des saudischen Königreiches prägt.

Die „Exkommunizierung“ (takfir) von Muslimen stellt folgerichtig bis heute ein Hauptwesensmerkmal der wahhabitischen Lehre dar. Neben Juden und Christen werden auch muslimische Glaubensbrüder, die den strengen Regeln des Wahhabismus nicht folgen, als „Ungläubige“ (kuffar) betrachtet und sind damit – theoretisch – „vogelfrei“.

# 7 Die Rolle von Frauen in der jihadistischen Szene

Der islamistische Terrorismus (Jihadismus) ist ein von Männern dominiertes Phänomen. Propaganda, Rekrutierung, Anschlagsvorbereitungen und Gewaltakte gehen überwiegend von männlichen Terroristen aus. Jedoch werfen Berichte von Selbstmordattentäterinnen, Propagandaaktivitäten radikalisierten Musliminnen im Internet und Ausreisen von Frauen in Kampfgebiete die Frage auf, wie aktiv Frauen in jihadistische Strukturen eingebunden sind. Auch die Frage, ob ein stärkeres weibliches Engagement im Bereich des islamistischen Terrorismus zu erwarten ist, beschäftigt die deutschen Sicherheitsbehörden.

## Das Phänomen der Selbstmordattentäterinnen

Zunächst ist festzuhalten, dass das Phänomen der Suizidattentäterinnen auf bestimmte Krisenregionen beschränkt ist und auch dort der Anteil der von Frauen ausgeführten Gewaltakte in der Regel gering ist. So wurden beispielsweise im Rahmen des Tschetschenienkonfliktes die sogenannten „Schwarzen Witwen“ bekannt, die durch Anschläge den Tod muslimischer Kämpfer rächen wollten. Auch in Israel und in den palästinensischen Gebieten ist es in der Vergangenheit zum Einsatz von Selbstmordattentäterinnen gekommen.

Als regionaler Schwerpunkt für das Phänomen „Selbstmordattentäterinnen“ hat sich unterdessen der Irak herausgebildet. Immer wieder gelingt es Terrorgruppen, Frauen für Anschläge zu gewinnen, die durch militärische Operationen der irakischen Sicherheitskräfte oder der Besatzungstruppen Familienmitglieder verloren haben und bereit sind, Rache zu nehmen. Vielfach ist die Motivationen von Frauen, als Selbstmordattentäterinnen aktiv zu werden, im privaten Bereich zu finden, etwa wenn nach einer Ehescheidung oder einer erlebten Vergewaltigung durch das „Märtyrertum“ die vermeintlich verlorene Familienehre wieder hergestellt werden soll.

## Frauen als Werkzeuge jihadistischer Gruppierungen

Eine vorangegangene längere Zugehörigkeit späterer Selbstmordattentäterinnen in einer Terrororganisation konnte in keinem der bisher bekannt gewordenen Fälle festgestellt werden. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Frauen von jihadistischen Gruppierungen nicht integriert, sondern vor allem instrumentalisiert und als Werkzeuge benutzt werden. Dabei vollziehen diese Gruppen immer eine Gratwanderung. Sie wollen den Einsatz von Frauen taktisch nutzen und riskieren dabei die Glaubwürdigkeit ihrer Ideologie. Denn nach dem traditionellen Rollenbild der religiös konservativ ausgerichteten Jihadisten ist die Rolle der Frau auf die Sorge für ihren Mann und die Kinder, also auf den häuslichen Bereich beschränkt. Jedes Wirken der Frau im öffentlichen Raum ist nach diesem Verständnis verboten. Die Rolle der Frau im bewaffneten Jihad wird auch von Rechts- und Religionsgelehrten aus dem islamistischen Spektrum seit Jahren kontrovers diskutiert. Es gibt zwar kein klares religionsrechtliches Verbot für Frauen am Jihad teilzunehmen, doch den Einsatz von Frauen auch außerhalb von Familie und Kindererziehung zuzulassen, erscheint vielen als unislamisch. So herrscht in der jihadistischen Szene weitgehend Uneinigkeit über die Legitimität des Kampfeinsatzes von Frauen.

## Widersprüchliches Propagandamaterial

Im Internet findet man sowohl Propagandamaterial, das den aktiven Beitrag von Frauen im Jihad religiös zu legitimieren sucht, als auch gegenteilige Aussagen aus Kreisen des internationalen islamistischen Terrorismus. In einem Buch mit dem Titel „Die Rolle der Frau bei der Bekämpfung des Feindes“, das 2007 erstmalig in jihadistischen Internetforen zum Download angeboten wurde, werden Frauen ausdrücklich aufgefordert, den bewaffneten Jihad auch unmittelbar zu unterstützen. Sie sollen nicht nur ihre Männer und Söhne ermutigen in den Kampf zu ziehen, sondern auch selbst zur Waffe greifen. Der Autor des Werkes zieht zur Absicherung seiner Argumentation religiöse Quellen heran, die aus seiner Sicht die aktive Beteiligung von Frauen am kämpferischen Jihad rechtfertigen. So soll es Überlieferungen zufolge bereits zu Zeiten des Propheten Muhammads Frauen gegeben haben, die ihre Männer auf dem Schlachtfeld unterstützten und Feinde töteten. Die gleiche Stoßrichtung haben verschiedene Fatwas (religiöse Rechtsgutachten), die in Ausnahmefällen, etwa im Verteidigungsfall, den Einsatz von Selbstmordattentäterinnen erlauben. Ein aktuelles Beispiel für die Instrumentalisierung von Frauen für die Ziele des bewaffneten Kampfes ist die Internet-Veröffentlichung von Videobotschaften zweier Frauen, die in russischer Sprache den Märtyrertod preisen. Auf englisch- und arabischsprachigen jihadistischen Internetseiten wurden diese Aufnahmen als Video-Testamente der „Heldinnen von Moskau“ angepriesen, die Ende Mai 2010 Anschläge auf die Moskauer U-Bahn verübt haben sollen.

Widerspruch gegen den Einsatz von Frauen im bewaffneten Kampf gibt es u. a. aus ‚al-Qaida‘-Kreisen. So erklärte der ‚al-Qaida‘-Vize Aiman Al-Zawahiri 2007 in einem Interview, dass es Frauen nicht gestattet sei, sich ‚al-Qaida‘ als Kämpferinnen anzuschließen. Später ergänzte die Ehefrau Al-Zawahiris in einer Internetveröffentlichung, dass es die Hauptaufgabe der Frau im Jihad sei, ihren Mann moralisch zu unterstützen.

Beiträge, die sich vielfach in schwärmerischer Weise mit den Aufgaben einer Frau beschäftigen, deren Mann im Jihad kämpft, kursieren in großer Zahl im Internet. Beispielhaft ist ein Buch mit dem Titel „Die Ehefrau eines Mujahids sein“. Die Autorin vertritt die Meinung, dass der Jihad das Privileg der Männer sei und beschreibt, welche Erwartungen an eine Frau gestellt werden, deren Mann sich in der Ferne am Jihad beteiligt. Sie soll die Abwesenheit ihres Mannes so lange wie möglich leugnen, ihren Kindern den fehlenden Vater ersetzen und keinen Moment an der Rechtschaffenheit ihres Mannes zweifeln.

## Moralische Stütze im Kampf

In der jihadistischen Szene herrscht Einigkeit darüber, dass Frauen auch ohne aktiv am bewaffneten Kampf teilzunehmen, einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des Jihads leisten können. Jihadisten sind davon überzeugt, dass Frauen sich einen Platz im Paradies „sichern“ können, indem sie für den Jihad werben, Familienmitglieder und Freunde zur Teilnahme am Jihad überreden und sie während ihres Kampfeinsatzes praktisch und moralisch unterstützen. So werben jihadistische Gruppen seit einiger Zeit auch für den Zuzug von Frauen in die Kampfgebiete. In Internetaufrufen ist davon die Rede, dass sich unverheiratete Brüder in Kampfgebieten Frauen wünschen und Familien gründen möchten. In einem Video der ‚Islamischen Bewegung Usbekistan‘ (IBU), das im Jahr 2009 im Internet veröffentlicht wurde, spricht ein deutschsprachiger Jihadist, der von bewaffneten Kindern umringt ist, gar von einer „familienfreundlichen Infrastruktur“ vor Ort, um auf diese Weise Frauen zur Ausreise in die afghanisch-pakistanische Grenzregion zu bewegen. In der Vergangenheit sind den Sicherheitsbehörden vereinzelt Fälle bekannt geworden, bei denen Frauen gemeinsam mit ihren Ehemännern aus Deutschland in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausreisten. In Einzelfällen begaben sich auch ledige

Frauen in Jihad-Gebiete, dann jedoch in Begleitung eines männlichen Familienangehörigen. Reisen zu unternehmen ist Frauen nach streng islamischer Auffassung nämlich nur in Begleitung eines Mahrams, d.h. des Ehemanns oder eines ihr verwandtschaftlich nahestehenden Mannes gestattet.

### **Deutsche Konvertitin fordert Musliminnen zum Jihad auf**

Für Aufsehen in der jihadistischen Szene sorgte deshalb die Videobotschaft der Witwe eines deutschen Jihadisten afghanischer Herkunft, der Ende 2009 bei Kampfhandlungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ums Leben gekommen war. Bei ihrer im Internet veröffentlichten Stellungnahme zeigte sich die deutsche Konvertitin stolz auf den „Märtyrertod“ ihres Mannes und forderte alle Musliminnen auf, sich auch ohne männliche Begleitung in die Kampfgebiete zu begeben, um den Jihad zu unterstützen:

*„Ich habe mich für das Leben hier entschieden und werde auch weiterhin meine Pflicht im Jihad erfüllen. Meine lieben Schwestern, ich rate euch: leistet euren Beitrag und schließt euch den Mujahedin an, macht euch auf den Weg, leicht oder schwer, mit oder ohne Mahram und folgt dem Beispiel unserer Schwestern, die sich uns alleine angeschlossen haben. Die Freiheit, die Ehre und die Würde der Frau werdet ihr nirgends so zu spüren bekommen wie bei uns. Die Mujahedin erfüllen sowohl ihre Pflicht gegenüber der gesamten Umma (islamischen Gemeinde) als auch ihre persönlichen Pflichten als Ehemänner und Familienväter und Versorger von Witwen und Waisen, so wie Allah es ihnen vorschreibt.“*

Der Auftritt der tief verschleierten Deutschen im Internet ist in vielerlei Hinsicht beachtlich. Er macht zum einen deutlich, dass sich auch deutsche Frauen, darunter Konvertitinnen, in den Jihad-Gebieten aufhalten. Er zeigt aber auch, dass sich Frauen als Verfechterinnen und „Botschafterinnen“ des Jihads öffentlich zu Wort melden. Dass sich in diesem Fall ausgerechnet eine Konvertitin dafür ausspricht, dass Frauen notfalls auch ohne männlichen Begleiter in den Jihad ziehen sollen, ist zunächst überraschend, denn sie riskiert damit einen Bruch mit islamischen Rechts- und Moralvorstellungen. Islamische Konvertiten, also Männer und Frauen, die zum Islam übergetreten sind, haben häufig das Bedürfnis, ihre Verbundenheit mit dem Islam durch ein sehr striktes Befolgen islamischer Regeln zu dokumentieren. Neue Wege in der Religion zu gehen, ist für sie eher ungewöhnlich. Eine Erklärung für den öffentlichen Tabubruch der „Märtyrer“-Witwe könnte sein, dass Konvertitinnen aufgrund ihrer Erziehung und Sozialisation islamische Denkverbote nicht verinnerlicht haben und damit eher bereit sind, sich über traditionelle islamische Rollenmuster hinweg zu setzen. Daraus jedoch eine generell größere Bereitschaft islamischer Konvertitinnen zur Teilnahme am kämpferischen Jihad abzuleiten, wäre eine unzulässige Verallgemeinerung. Festzuhalten bleibt aber, dass es eine steigende Zahl muslimischer Frauen, darunter auch Konvertitinnen, gibt, die sich vorzugsweise im Internet mit dem Thema Jihad auseinandersetzen und dabei mitunter auch offen für Gewalt eintreten.

### **Möglichkeiten der Partizipation im Internet**

Das Internet ist für die Verbreitung von Jihad-Propaganda von zentraler Bedeutung. Es bietet Frauen, für die eine aktive Mitarbeit in terroristischen Gruppierungen aus religiösen oder soziokulturellen Gründen nicht möglich ist, eine Möglichkeit der Partizipation. Frauen können im Internet aus einem geschützten Raum heraus und doch öffentlich agieren und kommunizieren. Viele islamische aber auch jihadistische Internetforen verfügen über sogenannte „Frauen-Räume“, also speziell für Frauen eingerichtete virtuelle Bereiche, in denen sich Musliminnen



oder solche, die es werden wollen, untereinander austauschen können. Seitdem im Internet intensiv die Rolle der Frau im Jihad diskutiert wird, beteiligen sich auch Frauen an diesen Diskussionen. In einschlägigen Foren zeigen sie sich kämpferisch und sind verbal genauso aggressiv und brutal wie Männer mit jihadistischer Überzeugung. Eine belgische Jihadistin mit marokkanischen Wurzeln, die nach dem „Märtyrer-Tod“ ihres Mannes mehrere jihadistische Internetseiten ins Leben rief, als aktives Mitglied verschiedener Internetforen tausende von Beiträgen verfasste und unablässig Erklärungen der ‚al-Qaida‘-Führung und der ‚Taliban‘ übersetzte und online stellte, beschrieb in einem Interview ihren Beitrag zum Jihad folgendermaßen:

*„Bomben explodieren zu lassen, ist nicht meine Sache. [...] Ich habe eine Waffe, und das sind meine Schriften. Das sind meine Vorträge. Das ist mein Jihad. Sie können mit Worten sehr vieles tun. Die Schriften können auch die Wirkung von Bomben entfalten.“*

Durch die Presse ging zu Beginn des Jahres 2010 auch der Fall der sogenannten Jihad-Jane, einer US-amerikanischen Konvertitin. Diese war zunächst in englischsprachigen jihadistischen Foren aktiv gewesen und hatte jihadistische Videos und anderes Propagandamaterial verbreitet. Später plante sie, den schwedischen Karikaturisten einer Muhammad-Karikatur umzubringen.

### **Frauen verherrlichen den Jihad**

Auch im deutschsprachigen Internet werben Frauen für den Jihad. Sie verherrlichen Gewalt, tauschen Propagandamaterial und Tötungsvideos aus und versehen diese teils mit zustimmenden oder auch hämischen Kommentaren. Das Internet ist für diese Frauen ein Mittel, ihre Handlungsspielräume zu erweitern ohne religiös-moralische Standards zu verletzen.

In Österreich wurde 2008 unter anderem eine Frau wegen Internetpropaganda für die deutschsprachige jihadistische ‚Globale Islamische Medienfront‘ (GIMF) verurteilt. Die GIMF ist Medienstelle, die im Internet agiert und dort Propagandamaterial von Kämpfen der Jihadisten im Irak, in Afghanistan, Tschetschenien und anderen Krisenregionen verbreitet. Auch in Deutschland werden derzeit Verfahren gegen Internet-Aktivistinnen geführt.

Ein Beispiel für umfängliche jihadistische Propagandaaktivitäten einer Frau ist der Fall einer Deutsch-Türkin. Die Frau des Hauptangeklagten im sogenannten Sauerlandprozess, dem bisher größten Prozess gegen islamistische Terroristen in der Bundesrepublik, wird verdächtigt, eine tragende Rolle innerhalb der deutschsprachigen jihadistischen Online-Szene gespielt zu haben. Als Moderatorin und Administratorin einer jihadistischen Internet-Plattform soll sie Nachrichten aus Kampfgebieten eingestellt, Propagandavideos verbreitet und deutschsprachige Muslime aufgefordert haben, sich dem Jihad in Afghanistan anzuschließen. Der Frau wird außerdem vorgeworfen, Kontakte zur usbekischen Terrororganisation ‚Islamische Jihad Union‘ (IJU) unterhalten und Geld zu ihrer Unterstützung gesammelt zu haben.

### **Weibliche Schleuser und Radikalisierer**

Unterdessen sind in Deutschland weitere Fälle von Spendensammlungen bekannt geworden, durch die jihadistisch gesinnte Frauen den Jihad in Kampfgebieten unterstützt haben. Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden auch Fälle bekannt geworden, in denen Frauen auf ihr Umfeld radikalierend gewirkt haben sollen. In Einzelfällen haben Frauen durch die Vermittlung

von Kontakten, die Beschaffung von Papieren und andere Schleuseraktivitäten den kämpferischen Jihad aktiv unterstützt.

Konkrete Vorbereitungshandlungen von Frauen für den gewaltsamen Jihad sind jedoch die Ausnahme. Meist beschränken sich die Aktivitäten auf Propaganda und Werbung zur Unterstützung kämpfender „Brüder“. Ob es die Verbreitung von Audio- oder Videomaterial ist oder die Teilnahme an Chats – das Internet bietet Frauen unzählige Möglichkeiten, sich unerkannt in den Dienst des globalen Jihads zu stellen.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Die Teilnahme am kämpferischen Jihad ist in erster Linie Männern vorbehalten. Doch auch Frauen haben dieses Thema für sich entdeckt und diskutieren ihre Rolle im bewaffneten Kampf erkennbar intensiv im Internet. Während nur einige wenige für eine aktive Teilnahme der Frau am Jihad eintreten, plädieren die meisten jihadistisch geprägten Frauen dafür, durch Propaganda und Unterstützungshandlungen einen Beitrag zum Kampf gegen die „Ungläubigen“ zu leisten. Rückendeckung bekommen sie von der Mehrzahl der islamistischen Gelehrten und der ‚al-Qaida‘-Führungsriege, die die Aufgabe der Frau im Jihad in der Unterstützung und Ermutigung ihrer Männer sehen. So sind einige muslimische Frauen, darunter auch Konvertitinnen, in der Vergangenheit mit ihren Männern und Kindern von Deutschland aus in Krisenregionen gereist und es wird vermutet, dass sie dort den kämpferischen Jihad ihrer Männer unterstützen wollen. Andere Frauen engagieren sich für den Jihad, indem sie sich radikal im Internet äußern, Gewaltvideos einstellen und Propagandamaterial verbreiten. In der Brutalität ihrer Veröffentlichungen unterscheiden sich diese Frauen nicht von jihadistisch geprägten Männern.

Anzeichen dafür, dass Frauen bei der Ausübung islamistisch-terroristischer Gewalt eine wachsende Bedeutung zukommen wird, gibt es dagegen keine. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass Umwälzungen im traditionell-islamischen Frauenbild in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind. Andererseits war es stets den besonderen Bedingungen in Krisenregionen wie dem Irak oder Afghanistan geschuldet, wenn sich Frauen aktiv an terroristischen Straftaten beteiligt haben oder gar selbst zu Selbstmordattentäterinnen geworden sind. Vor diesem Hintergrund ist in Deutschland ein stärkeres weibliches Engagement bei der Ausübung terroristischer Gewalt nicht zu erwarten. Dagegen ist es denkbar, dass Frauen in den Bereichen Internet-Propaganda und Unterstützungshandlungen zukünftig eine größere Bedeutung zukommen wird.

# 8 Oppositionellenausspähung – ein Agitationsfeld fremder Nachrichtendienste

## Was versteht man unter dem Begriff „Oppositionellenausspähung“?

- : „Spionage aus Libyen, Agenten aus Berlin verhaftet... Ihnen wird vorgeworfen, libysche Exil-Oppositionelle ausgespäht zu haben“ (n-tv.de am 14. Mai 2010)
- : „Bundesanwaltschaft ermittelt gegen chinesische Regierungsbeamte, Zwei Chinesen sollen in Deutschland Falun-Gong-Anhänger ausgespäht haben“ (SPIEGEL ONLINE vom 26. Juni 2010)

Diese beispielhaft ausgewählten Schlagzeilen sprechen eine Form von geheimdienstlicher Agententätigkeit an, die vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Staates nicht so präsent ist wie andere Formen der Spionage, die sogenannte Oppositionellenausspähung.

Denn Spionage fremder Nachrichtendienste richtet sich nicht nur unmittelbar gegen einen anderen Staat – etwa um dessen militärische Schlagkraft oder Taktiken in internationalen Streitfragen zu erkunden – oder als Wirtschaftsspionage gegen private Unternehmen.

Unter Oppositionellenausspähung versteht man die Aufklärung, Ausforschung und Überwachung der in Deutschland lebenden Landsleute durch einen fremden Nachrichtendienst. Die Oppositionellenausspähung ist ein vom Ausmaß und den Auswirkungen für die Geschädigten – aber auch für unseren Staat – nicht weniger relevanter Bereich der Spionage. Allerdings kommt ihr in den Medien in Anbetracht von spektakulären militärischen und politischen Spionagefällen (z.B. Aufdeckung eines Spionageringes in den USA im Juni 2010, Enttarnung eines Agenten des russischen SWR in Spitzenposition beim estnischen Verteidigungsministerium und bei der Nato im Jahr 2009) sowie der inzwischen immensen Bedeutung des Themas Wirtschaftsspionage oft nicht die angemessene Bedeutung zu.

Dabei hat die Oppositionellenausspähung für viele Nachrichtendienste einen hohen Stellenwert. Staaten mit totalitären Strukturen wollen vermeiden, dass Oppositionellenorganisationen im Ausland ihnen eine negative Presse verschaffen. Denn eine solche schädigt nicht nur das politische Image eines Staates, sondern führt unter Umständen zum Verlust von Wirtschaftsaufträgen. Schließlich wird die Verletzung von Menschenrechten oft wirtschaftlich geächtet. Entsprechende Berichte können Boykottmaßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft nach sich ziehen, mit der Möglichkeit einer weiteren Destabilisierung des Regimes. Daher versuchen diese Staaten über ihre Nachrichtendienste zu verhindern, dass Landsleute in demokratischen Rechtsstaaten wie Deutschland mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Pressefreiheit auf Missstände in ihrem Heimatland aufmerksam machen. Der erste Schritt ist die Oppositionellenausspähung.

## Welche Gruppen werden ausgespäht?

Jeder Staat definiert seine ihm scheinbar gefährdenden Gruppierungen und Bewegungen unterschiedlich. Das können separatistische Bestrebungen oder religiöse Minderheiten sein, aber auch Gruppierungen, die sich ohne Gewaltanwendung für Meinungsfreiheit und andere Menschenrechte in ihrem Herkunftsland einsetzen. Dabei schrecken fremde Nachrichtendienste auch nicht davor zurück, deutsche Menschenrechtsgruppen oder andere Aktivisten auszuspä-

hen, die sich von Deutschland aus politisch oder humanitär im Staat dieses Nachrichtendienstes betätigen.

Aktuell sind vor allem China und einige Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas, wie Libyen, Syrien und der Iran auf dem Gebiet der Oppositionellenausspähung in Erscheinung getreten. Da Deutschland viele Migranten aus allen Teilen der Erde beherbergt, sind hier die Aktivitäten der Nachrichtendienste dieser Länder besonders groß.

Bestehen hinreichende Anhaltspunkte für nachrichtendienstlich gesteuerte Spionageaktivitäten, sind nicht nur die Verfassungsschutzbehörden tätig, sondern es erfolgen zudem Ermittlungen der Generalbundesanwältin wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit nach § 99 Strafgesetzbuch (StGB).

### **chinesische Nachrichtendienste**

In China zählen die turkstämmigen (muslimischen) Uiguren, die Mitglieder von Falun Gong, die Demokratiebewegung, die Bewegungen für die Eigenstaatlichkeit Taiwans und für ein autonomes Tibet zu den „Fünf Giften“, d.h. den Staatsfeinden Chinas. Aus chinesischer Sicht ist es konsequent, die Angehörigen dieser „fünf Gifte“ auch außerhalb Chinas durch den Auslandsnachrichtendienst zu unterlaufen und auszuspähen. Zudem versucht China, die deutschen Behörden zu einem Vorgehen gegen diese Gruppierungen zu bewegen und missliebige Veranstaltungen wie die von Falun Gong organisierte Show „Divine Performing Arts“ in Frankfurt im Februar 2009 durch Verbalnoten zu verhindern.

Im November 2009 durchsuchte die Polizei im Raum München Wohnungen und Geschäftsräume von vier Chinesen. Sie sollen die uigurische Gemeinde ausgespäht haben. Die Uiguren sind eine islamische Volksgruppe in China. In ihrer Heimatprovinz Xinjiang gab es 2009 aus ethnischen Gründen blutige Auseinandersetzungen mit den chinesischen Behörden und anschließende Todesurteile. Die Uiguren beklagen eine massive Unterdrückung durch die Zentralregierung in Peking. Ihre Sprache ist in Ämtern und Schulen verboten.

München ist der Sitz der Deutschlandvertretung der oppositionellen Uiguren. Hier organisierten sie im Juli 2009 eine massive Demonstration gegen die chinesische Regierung, bei der es zu Übergriffen auf chinesische Touristen kam. In dem konkreten Spionagefall soll die chinesische Regierung Informanten aus der Uigurengemeinde gewonnen haben, die im Auftrag Pekings aus dem Innenleben der Gemeinde berichteten. Die mutmaßliche Agentengruppe wurde aus dem Generalkonsulat von einem Angehörigen des chinesischen Dienstes MSS gesteuert. Dieser kehrte im Dezember 2009 vorzeitig nach China zurück.

Ein weiterer, bereits in der Einleitung erwähnter aktueller Fall betrifft die Falun-Gong-Bewegung. Deren Anhänger in Deutschland sollen laut Pressemeldungen von zwei chinesischen Beamten, einer im Rang eines chinesischen Vizeministers, über die Rekrutierung einer Quelle aus der Bewegung ausgespäht worden sein. Die in China verbotene, einen Mediationskult betreibende Falun-Gong-Bewegung wird im Auftrag der Pekinger Regierung von chinesischen Nachrichtendiensten weltweit bekämpft. Gegen die Verfolgung von Falun Gong gibt es weltweit immer wieder Proteste, z.B. im Januar 2009 in Berlin beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao.

### **libysche Nachrichtendienste**

Aufklärungsziel der libyschen Nachrichtendienste sind die international vernetzten politischen Oppositionsgruppen. Die Aktivitäten gehen vorrangig vom Libyschen Volksbüro (Botschaft) in Berlin aus. Die libyschen Dienste verfügen über ein europaweites Netzwerk von Spitzeln und Informanten auch zu libyschen Asylbewerbern mit islamistischem Hintergrund.

Im Mai 2010 verhaftete die Polizei zwei Libyer in Berlin unter dem Verdacht, in Deutschland Informationen über die im Exil tätigen Oppositionskreise beschafft zu haben. Einer der beiden Männer soll Führungsoffizier des libyschen Geheimdienstes sein und ein Netz informeller Mitarbeiter geleitet haben. Die Bundesanwaltschaft hat inzwischen Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben.

### **sudanesische Nachrichtendienste**

Im April 2008 wurde in Berlin ein Sudanese verurteilt, weil er für den Geheimdienst seines afrikanischen Heimatlandes spioniert hatte. Dies geschah auch durch Filmaufnahmen, z.B. bei einer Veranstaltung der Volksbefreiungsfront Sudan. Auftraggeber war der Resident der Botschaft des Sudan in Berlin. Sein Zielobjekt waren Oppositionelle und Menschenrechtler, auch Menschenrechtsgruppen, die von Deutschland aus im Sudan tätig sind. Konkret wirkte er zur Gewinnung von nachrichtendienstlich bedeutsamen Erkenntnissen an zahlreichen Veranstaltungen von Menschenrechtsgruppen und anderen Vereinigungen mit, die sich mit der politischen und humanitären Situation im Sudan beschäftigten

### **syrische Nachrichtendienste**

Im Fokus der syrischen Auslandsdienste stehen islamistische und kurdische Gruppierungen, aber auch Regimekritiker und Menschenrechtsaktivisten. An der Syrischen Botschaft in Berlin sind getarnte hauptamtliche Nachrichtendienstangehörige tätig. Sie führen ein Quellennetz, das weiter ausgebaut werden soll.

Im März 2008 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen 57-jährigen deutschen und syrischen Staatsangehörigen aus Bonn wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Der Angeklagte hatte sich während einer Syrienreise zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit verpflichtet und in Deutschland in einer Reihe von Fällen weisungsgemäß Informationen beschafft und an seine Auftraggeber weitergeleitet. Ausspähungsobjekt waren hier lebende syrische Staatsangehörige sowie deren Organisationen und Aktivitäten.

### **iranische Nachrichtendienste**

Die iranischen Oppositionsgruppen in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen waren schon immer ein Schwerpunkt der Aufklärung der iranischen Nachrichtendienste. Schwerpunkte sind nach wie vor die ‚Volksmodjahedin Iran‘ (MEK) und ihr politischer Arm, der ‚Nationale Widerstandrat Iran‘ (NWRI).

Seit dem Aufleben der Oppositionsbewegung nach den Präsidentschaftswahlen im Juli 2009 und der dortigen brutalen Bekämpfung der „Grünen Bewegung“ ist davon auszugehen, dass

oppositionelle Exiliraner – auch außerhalb von MEK und NWRI – in Deutschland noch stärker im Fokus des iranischen Nachrichtendienstes stehen.

### **Welche Methoden werden bei der Oppositionellenausspähung angewandt?**

Die ständige Auswertung der in den letzten Jahren in Deutschland aufgedeckten Fälle zeigt, dass Nachrichtendienste ausländischer Staaten ihre Informationen über Oppositionelle überwiegend durch Einsatz menschlicher Quellen, sogenannter V-Leute, gewinnen.

Fremde Nachrichtendienste gelangen zum einen durch das gezielte Einschleusen von Hinweisgebern an Informationen über Strukturen, Arbeitsweisen und geplante Aktionen dieser Kreise. Zum anderen versuchen sie, Personen, die bereits im Objekt sind, also etwa Aktivisten der Oppositionellenszene, „umzudrehen“ und für sich arbeiten zu lassen.

Oft werden spätere V-Leute im Rahmen ihrer Besuche im Heimatland vom Geheimdienst angesprochen und mit Geldzuwendungen, z.B. unter Ausnutzen einer unverschuldeten finanziellen Notlage oder Reiseerleichterungen geworben. Die Ansprache im Heimatland ist für den Nachrichtendienst die unverfänglichste und risikoärmste Werbemethode, da er nicht die Gefahr eingeht, in das Visier deutscher Sicherheitsbehörden zu geraten. Bei Wiedereinreise in das Bundesgebiet beginnt der neue V-Mann mit der Ausführung der vom Nachrichtendienst erhaltenen Aufträge.

Nicht immer erfolgt die Arbeit der V-Leute in den Zielobjekten der fremden Nachrichtendienste freiwillig. In vielen Fällen erpressen die Geheimdienste ihre in Deutschland lebenden Landsleute zur Mitarbeit, indem sie beispielsweise mit Repressalien gegen Angehörige in der Heimat drohen. Engagierte Oppositionelle, die den Diensten durch diese V-Leute bekannt werden, müssen entweder selbst im Rahmen ihres nächsten Heimatbesuches mit erheblichen negativen Konsequenzen rechnen oder aber ihre noch im Heimatland befindlichen Angehörigen werden vom Geheimdienst zu Hause unter Druck gesetzt.

Die hier arbeitenden V-Leute fremder Nachrichtendienste übermitteln ihre Informationen zu oppositionellen Gruppierungen oder Landsleuten dann an ihre Auftraggeber. Das können getarnte Botschafts- oder Konsulatsangehörige sein.

Die Informationen müssen aber nicht zwingend nur innerhalb Deutschlands weitergeben werden. Die Steuerung der Quelle kann zum Beispiel auch über Internet direkt aus ihrem Heimatland erfolgen. Im Rahmen von immer weiter fortgeschrittenen technischen Entwicklungen können Informationen auf vielfältige Weise übertragen werden. Damit ist das Ermitteln und beweiskräftige Sichern dieser Übermittlungsvorgänge und Inhalte für die Spionageabwehr erheblich schwieriger geworden.

### **Was sind die konkreten Folgen der Oppositionellenausspähung?**

Zunächst erscheint es vielleicht nicht so bedrohlich, wenn bekannt wird, dass ein fremder Nachrichtendienst in Deutschland tätige Oppositionellengruppen ausspäht. Denn die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat, der die hier lebenden Aktivisten schützt. Gleichwohl kann dieses Phänomen langfristig eine erhebliche konkrete Gefährdung für Leib und Leben dieser Menschen zur Folge haben.

In der Regel werden die von V-Leuten im Rahmen der Oppositionellenausspähung gewonnen personenbezogenen Daten zeitnah an den Nachrichtendienst im Heimatland übermittelt, wenn es die Quelle nicht bereits selbst erledigt hat. Reist eine betroffene Person daraufhin, und sei es nur zu einem Besuch, in das Heimatland, wird sie häufig vom dortigen Nachrichtendienst vernommen, in Form von Verhören, die nicht unseren rechtsstaatlichen Regeln entsprechen. Betroffene, die wieder ausreisen konnten, berichteten deutschen Sicherheitsbehörden anschließend von schweren Folterungen.

Gefährdet sind aber nicht nur die Oppositionellen bei einem Besuch im Heimatland, sondern auch deren dort lebende Verwandte und Freunde. Da sich Menschen in totalitären Staaten gegen staatliche Übergriffe nicht zur Wehr setzen können, können ihre Geheimdienste alle Möglichkeiten der Unterdrucksetzung von Freunden und Verwandten ausschöpfen, um die Oppositionellen in Deutschland an der Ausübung ihres hier grundgesetzlich geschützten Rechts auf Meinungsäußerung zu hindern.

### **Ausblick**

Oppositionellenausspähung ist ein Thema, dem sich die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes aufgrund seiner Auswirkungen nachdrücklich widmet und mit dem sie sich auch weiter intensiv beschäftigen wird. Es ist nicht zu erwarten, dass die entsprechenden Aktivitäten der Nachrichtendienste im Bundesgebiet abnehmen werden.

Bedauerlich ist, dass die Spionageabwehr – obwohl sie absolute Diskretion zusagt – selten Informationen und Hinweise aus dem Kreise der Betroffenen selbst erhält. Zu groß ist ihre Angst vor dem „langen Arm“ der Nachrichtendienste der Heimatländer. Dabei kämen solche Informationen letztlich vor allem diesen oppositionellen Aktivistinnen und Aktivisten zugute, sie könnten besser geschützt werden. Der Verfassungsschutz arbeitet intensiv und mit ersten Erfolgen daran, hier eine größere Vertrauensbasis herzustellen.

## 9 Beratungsangebote zum Thema Rechtsextremismus auf einen Blick

Beratung in Nordrhein-Westfalen zum Thema **Rechtsextremismus**

**Aussteigerprogramm** (01803) 100 110

**Elternberatung** (0211) 159 255 – 5

**Mobile Beratung** (0211) 8618 – 4639

Aussteigerprogramm Nordrhein-Westfalen	Netzwerk „Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher“	Mobile Beratung – Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
Das Aussteigerprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt Personen, die die rechtsextremistische Szene verlassen möchten. Das NRW-Bürgertelefon stellt den Kontakt zu einem Betreuer im Aussteigerprogramm her. Dieser entwickelt mit dem Aussteiger/der Aussteigerin ein Ausstiegskonzept und hilft bei der Umsetzung. Dies kann Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, Entziehungsmaßnahmen, Umzugshilfen oder Haftbetreuung umfassen. Das Aussteigerprogramm ist im Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Abteilung Verfassungsschutz) angesiedelt.	Das Netzwerk berät Eltern und andere Bezugspersonen (zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer), wenn sich Jugendliche der rechtsextremistischen Szene annähern oder in der Szene bereits aktiv sind. Beraterinnen und Berater stehen in allen Landesteilen zur Verfügung. Sie helfen einzuschätzen, in welchem Maße der Jugendliche in rechtsextremistische Kreise eingebunden ist und welche pädagogischen Reaktionen sinnvoll sind. Träger des Netzwerks ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW).	Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus kooperiert mit mobilen Beratungsteams in allen Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens. Die Teams sind Ansprechpartner für zivilgesellschaftliche Kräfte oder für Kommunen, wenn Rechtsextremisten vor Ort aktiv sind: wenn sie zum Beispiel im Umfeld von Schulen Flugblätter oder „Schulhof-CDs“ verteilen, eine rechtsextremistische Bürgerinitiative gründen oder Immobilien kaufen möchten. Die Landeskoordinierungsstelle ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.
Weitere Informationen: <a href="http://www.im.nrw.de/schi/697.htm">www.im.nrw.de/schi/697.htm</a>	Weitere Informationen: <a href="http://www.ida-nrw.de">www.ida-nrw.de</a>	Weitere Informationen: <a href="http://www.politische-bildung.nrw.de/iks">www.politische-bildung.nrw.de/iks</a>

Drei Netzwerke in Nordrhein-Westfalen bieten Unterstützung und Beratung zum Thema Rechtsextremismus: das Aussteigerprogramm, das Netzwerk für Elternberatung und die mobilen Beratungsteams. Die wichtigsten Kontaktdaten auf einen Blick liefert eine Infokarte des Ministeriums für Inneres und Kommunales.

- : Raus aus der rechtsextremistischen Szene?! Aber wie? Nach Jugendjahren, die mit menschenverachtender Ideologie, häufig Alkoholexzessen, Gewalt und anderen Straftaten verbunden waren. Vor dem Ausstieg steht die Angst: vor den ehemaligen „Kameraden“ und vor dem „schwarzen Loch“, wenn die Kontakte zur Szene weg brechen. Das Aussteigerprogramm Nordrhein-Westfalen bietet Schutz und Hilfe für jeden, der die rechtsextremistische Szene verlassen möchte.
- : Mein Kind – ein Neonazi? Viele Eltern sind verzweifelt, wenn sie erkennen, dass ihr Sohn oder ihre Tochter in rechtsextremistische Kreise verstrickt ist. Ein Ansprechpartner ist dann



das Netzwerk „Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher“. Zum Netzwerk gehören Beraterinnen und Berater in allen Landesteilen. Sie helfen einschätzen, in welchem Maße der Jugendliche an der Szene beteiligt und welche Reaktion der Eltern sinnvoll ist.

- : In meiner Kommune möchten Rechtsextremisten eine Immobilie kaufen und ein Schulungszentrum errichten. Oder: Vor der örtlichen Schule verteilen Aktivisten Flugblätter und Musik-CDs, um Jugendliche zu ködern. Fälle, in denen die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus Kommunen oder zivilgesellschaftliche Kräfte unterstützt. Die Landeskoordinierungsstelle kooperiert mit mobilen Beratungsteams in allen Regierungsbezirken.

Mit drei Unterstützungs- und Beratungsnetzwerken zum Thema Rechtsextremismus stehen in Nordrhein-Westfalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für unterschiedliche Situationen und Zielgruppen zur Verfügung. Die Betroffenen kennen die Beratungsnetzwerke häufig nicht oder nicht vollständig. Der Hinweis auf eines der Angebote könnte daher der entscheidende Tipp sein, um Jugendlichen, Eltern oder anderen weiterzuhelfen – vielleicht sogar der Impuls für eine Weichenstellung, die dem Leben eine neue Richtung gibt.

Mit der Infokarte „Beratung in Nordrhein-Westfalen zum Thema Rechtsextremismus“ möchte das Ministerium für Inneres und Kommunales Multiplikatorinnen und Multiplikatoren beispielsweise der Polizei, den Schulen, Jugendzentren oder Jugendämtern auf die Netzwerke aufmerksam machen. Die Karte enthält Rufnummern, Kurzinformationen zum Angebot und Internetadressen, die genauere Erläuterungen liefern. Diese Informationen zu bündeln ist auch deshalb wichtig, da die Angebote bei unterschiedlichen Stellen angesiedelt sind: Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betreut das Aussteigerprogramm, die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung, Träger der Elternberatung ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) in Düsseldorf. Dieses Netzwerk wird vom Land und – ebenso wie die Landeskoordinierungsstelle – auch vom Bund gefördert.

Die Unterstützung kann sehr unterschiedlich sein. Gespräche mit Familie, Arbeitgeber, Staatsanwaltschaft und Bewährungshelfern gehören in aller Regel zum Ausstiegsprozess, häufig auch Alkoholtherapien. Standardrezepte gibt es nicht: Betreuer im Aussteigerprogramm entwickeln mit jedem Klienten ein individuelles Konzept und helfen bei der Umsetzung. Am Anfang der Elternberatung stehen Fragen: In welcher Partei oder Gruppierung ist der Jugendliche aktiv, wie stark hat er oder sie rechtsextremistisches Gedankengut verinnerlicht, spielen strafrechtlich relevante CDs oder Symbole eine Rolle? Das Netzwerk richtet sich nicht nur an Eltern, sondern auch an andere Bezugspersonen der Jugendlichen, zum Beispiel an Lehrerinnen und Lehrer. Die Landeskoordinierungsstelle versteht sich als eine „Feuerwehr gegen rechtsextremistische Brandstifter“. Die mobilen Beratungsteams sind in Köln, Schwerte, Wuppertal, Vlotho und Münster angesiedelt. Das Team aus Vlotho beispielsweise wurde von fünf Schulen um Hilfe gebeten, an denen Hakenkreuzschmierereien und rassistische Äußerungen aufgefallen waren. Ergebnis der Beratung ist das Projekt „Demokratie stärken – Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entgegentreten“, zu dem Infoveranstaltungen jeweils für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler zählen, ein Deeskalationstraining, das Gespräch mit einem Zeitzeugen des Nationalsozialismus und einem Aussteiger aus der Neonazi-Szene.

# 10 Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes

Schon im Jahre 1973 forderte Hans Joachim Schwagerl, damals Regierungsdirektor im hessischen Ministerium des Innern, in einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 19. Januar 1973:

*„Die Auseinandersetzung um die Tätigkeit der Verfassungsschutzämter muß in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden. Es handelt sich hier weder um die Preisgabe von Staatsgeheimnissen noch um eine Frage, die nur eine kleine Beratergruppe zu beantworten hätte. Es geht hier um Grundfragen der Verfassung. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie diejenigen denken und handeln, die gerade zum Schutz dieser Verfassung, berufen sind.“*

Damals leitete Schwagerl in Wiesbaden das in der Bundesrepublik einmalige „Referat für positiven Verfassungsschutz“. Er referierte im Rahmen des Konzepts „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ an Schulen, in Behörden, Betrieben und gesellschaftlichen Einrichtungen aller Art zur Arbeit des Verfassungsschutzes und über den politischen Extremismus<sup>37</sup>. Nach eigenem Bekunden trat Schwagerl schon damals einerseits an als „Werber für eine abwehrbereite Demokratie“, andererseits um, wie es sein Dienstherr, der seinerzeitige hessische Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld formulierte, den „unnötigen Schleier des Geheimnisvollen“ über dem Verfassungsschutz wegzuziehen (Der Spiegel, Nr. 25/1972, S. 60).

Im Jahre 2010 ist diese knapp 40 Jahre vorher auch unter den Verfassungsschutzämtern umstrittene Öffentlichkeitsarbeit allgemeiner Standard. Das Selbstverständnis der Verfassungsschutzämter in Deutschland hat sich geändert. Der Fall der Mauer und die Auflösung des klassischen Ost-West-Gegensatzes der Nachkriegszeit beschleunigte eine Tendenz, die schon zuvor erkennbar war. So stellte der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke im Jahre 2000 noch etwas staunend fest:

*„Der Verfassungsschutz entwickelt sich von einer sich selbst abschottenden, daher geheimnisumwitterten und skandalanfälligen Institution hin zu einer aktiv Öffentlichkeitsarbeit betreibenden, Züge ‚normaler‘ Behörden annehmenden Einrichtung“.*

Verfassungsschützer beteiligen sich, so Jaschke, an öffentlichen Diskussionen und *„nehmen in den Medien wie selbstverständlich Stellung zu Fachfragen. [...] Die Verfassungsschutzbehörden heute sind zwar weiterhin – zu Recht – im Visier einer kritischen Öffentlichkeit, aber ihre Rolle als Informationsquellen zum politischen Extremismus hat sich zweifellos stabilisiert“*<sup>38</sup>.

Informierte, aufgeklärte und demokratische Bürgerinnen und Bürger treten für die Demokratie und gegen ihre Gegner ein und tragen so dazu bei, unsere Demokratie und ihre Grundwerte zu schützen und zu stärken. In diesem Sinne sind aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger das Fundament einer demokratischen Kultur und so der beste Verfassungsschutz. Was Verfassungsschutzämter zu diesem Fundament beitragen sollen, können und auch tun, ist Gegenstand eines jetzt vorliegenden Sammelbandes.

In Teil 1 des von Thomas Grumke (Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen) und Armin-Pfahl-Traugber (Fachhochschule des Bundes, Brühl) Mitte 2010 herausgegebenen Bandes wird der offene Demokratieschutz des Verfassungsschutzes in einer offenen Gesellschaft in den Blick genommen. Aus ganz unterschiedlicher – nämlich aus politikwissenschaftlicher, juristischer,

---

<sup>37</sup> Schwagerl, Hans Joachim): *Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland*, Heidelberg 1985, S 232ff.

<sup>38</sup> Jaschke, Hans-Gerd (2000): „Rechtsstaat und Rechtsextremismus“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen, S. 314-332.

journalistischer und verfassungsschützerischer Sicht – erfolgen Annäherungen an Funktion, Grundlagen, Praxis und Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzämter im 21. Jahrhundert.

In Teil 2 des Bandes findet sich eine Reihe von Praxis- und Fallbeispielen aus der Extremismusprävention des Bundesamts und der Landesämter für Verfassungsschutz. Hier wird deutlich: Die Verfassungsschutzbehörden haben die Herausforderung, die Bevölkerung über die Facetten des politischen Extremismus zu informieren und damit Verfassungsschutz durch Aufklärung zu betreiben, angenommen. Ihr präventives Engagement bedarf allerdings der Zusammenarbeit mit Partnern: Verfassungsschutzbehörden können die professionelle präventive Arbeit anderer nicht ersetzen, aber sinnvoll ergänzen und unterstützen. Dem hohen Anspruch der Extremismusprävention gerecht zu werden, heißt stets auch, sie als gemeinschaftlichen Auftrag der demokratischen Kräfte zu verstehen.

Die Idee zu dem nun vorliegenden Band geht auf das Symposium „Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft“ zurück, das zu Ehren des damaligen Abteilungsleiters Verfassungsschutz im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerialdirigent a.D. Hartwig Möller, im April 2009 an der Schule für Verfassungsschutz in Heimerzheim abgehalten wurde.

: Thomas Grumke/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen (Verlag Barbara Budrich), 2010.

